



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten

Die Afrika-Strategie des BMZ



Liebe Leser*innen,

die Welt braucht Afrika und Afrika braucht die Welt – so bringt es die nigerianische Menschenrechtlerin und Politikerin Oby Ezekwesili auf den Punkt. Es muss daher jetzt darum gehen, gemeinsam globale Veränderungsprozesse zu gestalten. Ob Global Governance, Wirtschaftswachstum, Armut und Ungleichheit, Klimawandel, Technologien, menschliche und soziale Entwicklung – bei all diesen Fragen wird die Welt besser dastehen, wenn Afrika aktiv mitwirkt, davon bin ich überzeugt! Denn Afrika hat enorme Potenziale und Ressourcen: eine junge Bevölkerung, urbane und innovative Zentren, wirtschaftliche Entwicklung, Rohstoffe sowie die wachsende geopolitische Bedeutung und die Stärkung des Kontinents auf der internationalen Bühne durch die politische und wirtschaftliche Integration.

Das Ziel dieser Strategie ist, gemeinsam mit Afrika globale Strukturpolitik zu machen. Sie ist unter dem Einfluss der globalen Herausforderungen entstanden, die unser zukünftiges Handeln prägen: der russische Angriffskrieg in der Ukraine, der wachsende Einfluss Chinas auf dem afrikanischen Kontinent, die Klimakrise. Die Strategie setzt auf Partnerschaften, die auf Respekt und Gegenseitigkeit beruhen. Entscheidend ist dabei nicht allein, was wir in der deutschen Entwicklungspolitik tun, sondern auch, wie und aus welcher Haltung heraus. Die Bundesregierung steht für Werte wie Menschenrechte und Demokratie ein. Wir fragen nach den Interessen unserer Partner*innen und formulieren gleichzeitig die eigenen Interessen. Auch deshalb ist diese Strategie gemeinsam entstanden, in vielen intensiven Gesprächen mit deutschen, europäischen und afrikanischen Expert*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Jugend. Viele Impulse sind eingeflossen.



Als Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wollen wir mit afrikanischen Ländern an einer gerechteren, friedlicheren und sichereren Welt arbeiten. Dazu müssen wir Hunger bekämpfen und Armut und Ungleichheiten reduzieren. Im Rahmen der *Just*

Transition soll wirtschaftliche Entwicklung

gelingen, die gute Arbeit schafft und ökologisch wie sozial verträglich

ist. Es geht darum, Gesellschaften widerstandsfähiger zu

machen. Soziale Sicherungssysteme sind dabei ein

entscheidender Hebel. In

Krisensituationen helfen sie, Grundbedürfnisse zu

decken und ein weiteres

Abrutschen in Armut zu verhindern. Die Corona-Pandemie hat die Lücken im Gesundheitsbereich weltweit offengelegt.

Auf dem Thema Globale Gesundheit und Pandemievorsorge liegt daher ein

besonderes Augenmerk. Bei alledem werden wir

geleitet von unserem Ansatz einer feministischen

Entwicklungspolitik. Nur wo sich Strukturen

und Denkmuster so ändern, dass Geschlechter-

gleichstellung herrscht, ist wirklich nachhaltige

Entwicklung möglich. Denn Chancengleichheit

ist ein Garant für wirtschaftlichen Wohlstand.

Diese Strategie ist der Start. Jetzt geht es an die Umsetzung. Ich danke allen, die daran mitwirken, und freue mich auf den weiteren Austausch!

A handwritten signature in black ink, reading 'Svenja Schulze'.

Svenja Schulze, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Afrika



■ Partnerländer

Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und der Art der Wiedergabe des Inhalts nimmt das BMZ keine Stellung zum Rechts- oder Verfassungsstatus von Ländern, Staats-, Hoheits- oder Seegebieten oder ihren Grenzen und Grenzlinien.

Inhalt

I. Strategische Partnerschaft: Zusammenarbeit in einer Welt im Umbruch	4
Umfeld: Afrikas wachsendes Gewicht in der Welt	5
Haltung: Respekt und Gegenseitigkeit, Werte und Interessen, feministische Entwicklungspolitik	6
II. Nachhaltige Zukunft: Die Schwerpunkte der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit	8
Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und Wohlstand	9
<i>Just Transition</i> : sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Energie und Infrastruktur	10
Beschäftigung, fairer Handel, Migration und digitale Transformation	13
Überwindung von Armut und Hunger und Aufbau sozialer Sicherung	17
Gesundheit und Pandemieprävention	19
Feministische Entwicklungspolitik und Geschlechtergerechtigkeit	21
Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung	24
Frieden und Sicherheit	27
III. Gemeinsam stark: Partner*innen und Instrumente der Zusammenarbeit	30

I. Strategische Partnerschaft: Zusammenarbeit in einer Welt im Umbruch

Die Welt ist im Umbruch. Demografische, politische und wirtschaftliche Gewichte verschieben sich. Globale Krisen verstärken einander und werfen drängende Fragen auf – nach der Überwindung von Hunger, Armut und Ungleichheit und nach Wegen zu sozial und ökologisch verantwortlichem, geteiltem Wohlstand; nach der Eindämmung von Klima- und Wasserkrissen, Artensterben und Pandemien; nach der Zukunft regelbasierter globaler Zusammenarbeit und Gleichberechtigung – und damit nach den Voraussetzungen für eine friedliche, sichere und gerechtere Welt. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine Zeitenwende eingeläutet. Völkerrechtsverletzungen, wachsende Großmacht-Rivalitäten und ein erstarkender Nationalismus setzen die internationale Ordnung auf Grundlage des Rechts unter Druck.

Afrikanische Staaten werden besonders hart von den multiplen Krisen getroffen. Zugleich spielen sie eine entscheidende Rolle dabei, Antworten auf die genannten Herausforderungen zu finden. Afrika und Europa sind dabei – als historisch, geografisch und kulturell verbundene Nachbarkontinente – prädestinierte Partner. Beide haben ein großes Interesse an einer regelbasierten Weltordnung auf der Grundlage des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen (VN) sowie an einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Entwicklung. Die Afrikanische Union (AU) und die Europäische Union (EU) haben sich sowohl der Förderung von demokratischen Grundsätzen als auch von Sicherheit und Stabilität verpflichtet.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellt seine

Arbeit in den Dienst einer engen, auf gemeinsamen Werten und Interessen beruhenden wirtschaftlichen und politischen Partnerschaft zwischen Europa und Afrika. Es wird – als Teil einer deutschen und europäischen Afrika-Politik – mit seiner Afrika-Strategie drei übergeordnete Ziele verfolgen:

1. die von der AU und ihren Mitgliedsstaaten selbst gesetzten Entwicklungsziele mit strukturellen Ansätzen flankieren, damit der Kontinent seine enormen Potenziale entfalten und widerstandsfähiger werden kann;
2. gemeinsam mit afrikanischen Partner*innen an der globalen Transformation hin zu einem würdevollen und sicheren Leben für alle in einer intakten Umwelt arbeiten;
3. mit dem Nachbarkontinent in Krisen solidarisch und sichtbar zusammenarbeiten.

Das BMZ fügt seine Afrika-Strategie in den Rahmen der afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung ein und arbeitet eng mit den anderen Ressorts zusammen.

Es versteht seine Zusammenarbeit mit Afrika als Teil des Auftrags, die von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen unterzeichnete Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung voranzutreiben und dabei niemanden zurückzulassen (*Leave No One Behind*).

Die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern ist auch ein wesentlicher Beitrag zu einer Politik der integrierten Sicherheit. Sie schafft Netzwerke und Bündnisse und stärkt die multilaterale Kooperation in Zeiten einer sich verschärfenden Auseinandersetzung um Werte und Einflussphären. Sie stellt dem Narrativ der globalen Spaltung einen positiven Gestaltungsansatz entgegen, der nicht ausgrenzt und droht, sondern überzeugt und integriert.

Darüber hinaus leistet diese Zusammenarbeit einen Beitrag zur Agenda 2063 der AU und deren

Visionen (*The Africa we want*), zur EU-Afrika-Partnerschaft und zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Sie trägt außerdem zur Selbstverpflichtung der Bundesregierung bei, die am wenigsten entwickelten Länder (*Least Developed Countries*, LDCs) gezielt zu unterstützen, da 33 der insgesamt 46 LDCs in Afrika liegen. Die Erreichung einer LDC-Quote von 0,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) ist für die Bundesregierung ein wichtiges internationales Ziel.

Umfeld: Afrikas wachsendes Gewicht in der Welt

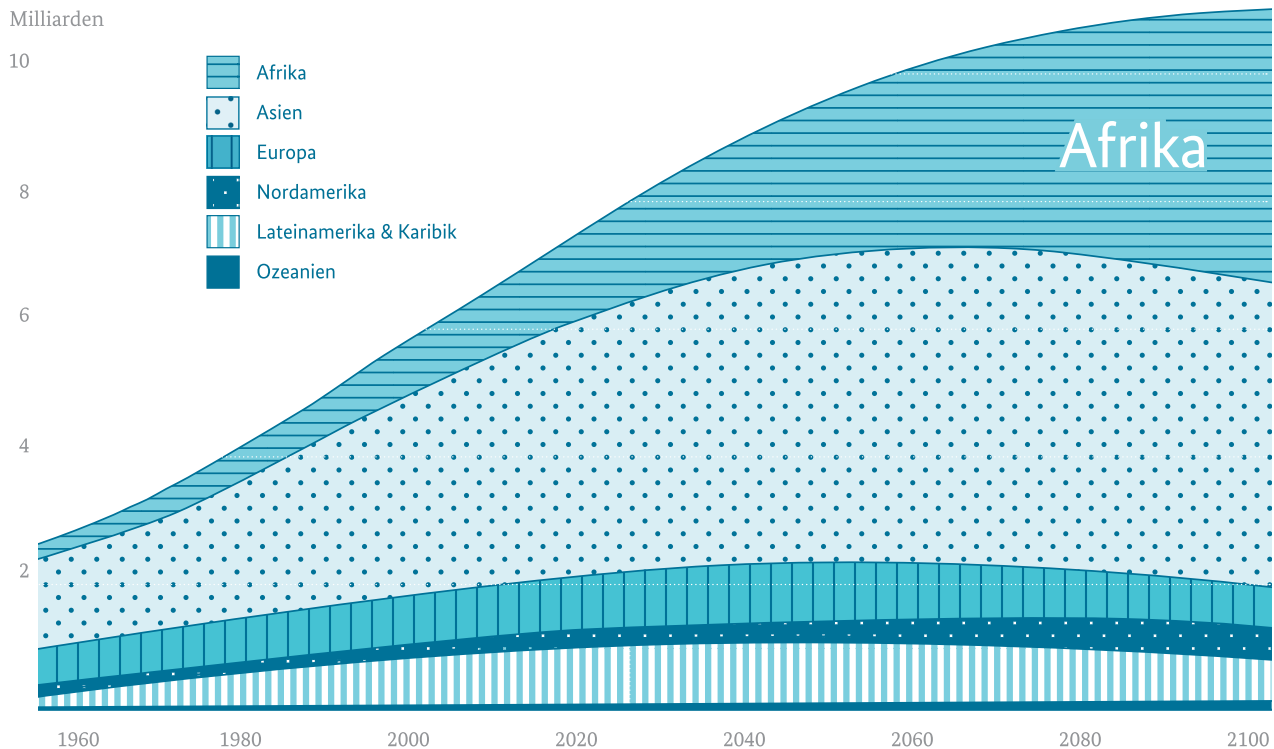
Afrika ist ein geografisch, kulturell, politisch, wirtschaftlich und historisch extrem vielfältiger Kontinent. Gemeinsam ist allen afrikanischen Ländern eine enorme Dynamik. Bis Mitte dieses Jahrhunderts könnte Afrika rund zweieinhalb Milliarden Menschen zählen und ein Viertel der Weltbevölkerung stellen. Allein die urbane Bevölkerung wird sich bis Mitte des Jahrhunderts verdreifachen, die Zahl der Megastädte verfünffachen. Die Mittelschichten wachsen und mit ihnen die Erwartungen an wirtschaftliche Entwicklung und politische Teilhabe. Auch an natürlichen Ressourcen ist der Kontinent reich. Er verfügt über ein immenses Potenzial für erneuerbare Energien und landwirtschaftliche Produktion, über strategisch wichtige Rohstoffvorkommen und wachsende Absatzmärkte. Die AU und andere afrikanische Institutionen haben in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen und zur weiteren Integration des Kontinents beigetragen. Damit wächst Afrikas geopolitisches Gewicht in der Welt.

Afrika wird das 21. Jahrhundert prägen. Welche Perspektiven die größte Jugendgeneration aller Zeiten bekommt, wird mit darüber bestimmen, wie sie ihre Kraft zum Guten entfalten kann. Die Klimaverträglichkeit des Wachstums auf dem Kontinent hat Auswirkungen auf das Ausmaß künftiger Wetterextreme weltweit. Von

193 Mitgliedsstaaten der VN sind 54 afrikanisch – welche Allianzen sie eingehen und wie sie regiert werden, wird auch die Zukunft von Demokratie und globaler Zusammenarbeit beeinflussen.

Eine gute Entwicklung des Kontinents und vertrauensvolle Partnerschaften liegen daher im Interesse Deutschlands und der EU. Sie verlangen – neben finanziellen – auch starke politische Investitionen. Die europäischen Länder sind längst nicht mehr alleiniger Partner. Neben den Staaten der G7 engagieren sich allen voran China, aber auch die Türkei und die Golfstaaten in Afrika. Sie bauen Infrastruktur und streben nach Zugang zu Rohstoffen, Märkten und politischem Einfluss. Russland liefert zunehmend Waffen und stellt Söldnertruppen. Für afrikanische Regierungen bietet dies weitere Optionen. Die deutsche Entwicklungspolitik fordert es heraus, differenzierte und flexible Antworten zu finden. Diese berücksichtigen, dass die afrikanischen Länder ihre eigenen Interessen, ihren eigenen Blick auf die Welt und eigene wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen haben. Gleichzeitig erwartet die Bundesregierung von ihren Partner*innen Achtung und Schutz von Menschenrechten und internationalem Recht. Insgesamt sollte das Ziel sein, attraktive entwicklungspolitische Angebote zu machen und bereits gegebene Versprechen einzuhalten.

Afrikas Bevölkerungswachstum im Vergleich



Haltung: Respekt und Gegenseitigkeit, Werte und Interessen, feministische Entwicklungspolitik

Respekt und Gegenseitigkeit

Eine Partnerschaft beruht auf Respekt und Gegenseitigkeit. Sie setzt die Bereitschaft zu strukturellen Veränderungen auf beiden Seiten voraus – und den Willen, die Prioritäten des Gegenübers anzuerkennen und sich für diese starkzumachen. Das BMZ tritt daher für eine angemessene Mitsprache afrikanischer Staaten und der AU in den multilateralen Foren ein.

Afrikanische Prioritäten, Initiativen und Institutionen sind die Grundlage der Zusammenarbeit. Das BMZ möchte afrikanischen Stimmen und Positionen in Deutschland und Europa mehr Geltung verschaffen. Es wird noch stärker in Austauschformate und politischen Dialog investieren.

Über Politik und Wirtschaft hinaus setzt es darauf, Begegnungen, insbesondere der jungen Generation, zu intensivieren. Es fördert kommunale und zivilgesellschaftliche Partnerschaften und den Austausch von Expert*innen, Nachwuchsführungskräften und Freiwilligen.

Eine vertiefte Reflexion der Folgen der Kolonialzeit versteht das BMZ als Grundlage für einen offenen, ehrlichen Dialog. Es will Bevormundung vermeiden und setzt sich kritisch mit dem eigenen Verständnis von guter Entwicklung auseinander. Es achtet im Ministerium wie auch in seinen Durchführungsorganisationen und bei Kooperationspartner*innen auf eine Organisationskultur der Vielfalt und auf die Förderung von Diversität unter den Beschäftigten. Als Teil

der Bundesregierung will es daran mitwirken, bestehende Asymmetrien zu überwinden, etwa in der Handels- oder Agrarpolitik oder durch Regelungen für entwicklungsorientierte faire Migration. In der deutschen Öffentlichkeit will das BMZ dazu beitragen, dass Afrika als Kontinent mit großer Vielfalt und großem Potenzial zur Lösung globaler Herausforderungen gesehen wird. Das Eindämmen der Klimakrise, der Erhalt der biologischen Vielfalt oder die Sicherung der Ernährung für eine wachsende Weltbevölkerung können nur gemeinsam mit Afrika gelingen.

Werte und Interessen

Das BMZ steht in der Zusammenarbeit mit Afrika zu geteilten Werten und Interessen. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Nachhaltigkeits- und Sozialstandards sowie Geschlechtergleichstellung sind in den Nachhaltigen Entwicklungszielen der VN ebenso verankert wie in der Agenda 2063 der AU.

Eine Mehrheit der Afrikaner*innen teilt die Überzeugung, dass Demokratie den besten Rahmen für gesellschaftlichen Fortschritt bietet – aber nicht jede Regierung macht dies zur Grundlage ihrer Politik. Ein wachsender Anteil der afrikanischen Partnerländer des BMZ wird inzwischen als zumindest gemäßigt autokratisch bezeichnet. Für das BMZ bedeutet dies, eine klare, wertegeleitete Interessenspolitik zu formulieren und die institutionellen und gesellschaftlichen Grundlagen für demokratische Teilhabe weiter zu fördern. Es wird dabei Anstrengungen auf Partnerseite zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und zur Achtung der Menschenrechte besonders unterstützen. Zugleich wird es die Entwicklung der Governance-Bedingungen in Partnerländern genau verfolgen, um Länderportfolien gegebenenfalls entsprechend anzupassen. Dabei gilt es, auch übergeordnete Interessen abzuwägen (Schutz globaler Gemeinschaftsgüter, Stabilität) und Zielkonflikte offen zu benennen. Es muss im Einzelfall begründet werden, warum und wie genau das Engagement auch in sich verschlechternden Situationen fortgesetzt wird, etwa um demokratieorientierte Kräfte zu unterstützen.

Eine Stärke der deutschen Zusammenarbeit ist die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher und

kommunaler Institutionen, die oft als kritische Korrektive der nationalen Regierungsarbeit in ihren Ländern aktiv sind. Das BMZ baut gezielt Beziehungen mit innovativen Entscheider*innen aus und will die Potenziale der jungen Generation fördern. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bleibt eine tragende Säule für Innovationen und gesellschaftliche Veränderungen. Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden stärken reformorientierte Akteur*innen auf kommunaler Ebene.

Das BMZ wirkt darauf hin, dass seine Arbeit nicht als unbeabsichtigte Nebenwirkung autoritäre Kräfte stabilisiert, Konflikte verschärft oder sogar schafft (*Do-no-harm-Prinzip*). Soweit eine Zusammenarbeit mit autoritären Kräften unausweichlich und im Einzelfall geboten ist, muss sorgfältig abgewogen werden, wie, mit wem und für welchen Zeitraum diese sinnvoll ist. Dies kann der Fall sein, wenn es um die Unterstützung von besonders verletzlichen Gruppen geht oder um wichtige globale Anliegen wie Klimaschutz, den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen oder die Eindämmung von Infektionskrankheiten.

Feministische Entwicklungspolitik

Eine feministische Entwicklungspolitik ist das Leitbild für alle Bereiche der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – so auch für die Zusammenarbeit mit Afrika. Damit wird das BMZ seine Politik im Sinne der Agenda 2030 konsequent darauf ausrichten, strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und in der Gesellschaft zu überwinden. Gemeinsam mit afrikanischen Partnerländern möchte es die politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe von Frauen und Mädchen als konkrete Politikziele in der Zusammenarbeit verankern. Die feministische Entwicklungspolitik des BMZ hat das Ziel, strukturelle Ungleichheiten, Ungleichbehandlung und Diskriminierung langfristig zu beseitigen. Dazu gehört auch, rassistische Strukturen und postkoloniale Kontinuitäten zu vermeiden und sich für marginalisierte Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, Indigene oder LGBTQI* und ihre Rechte einzusetzen.

II. Nachhaltige Zukunft: Die Schwerpunkte der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

Das BMZ flankiert die von der Afrikanischen Union und ihren Mitgliedsstaaten selbst gesetzten Entwicklungsziele mit strukturpolitischen Ansätzen. Es möchte darüber hinaus den Nachbarkontinent in Krisen solidarisch und sichtbar stärken sowie gemeinsam mit afrikanischen Partner*innen an der globalen Transformation hin zu einem würdevollen und sicheren Leben für alle in einer intakten Umwelt arbeiten.

Das BMZ wird vorrangig in den folgenden sechs thematischen Schwerpunkten arbeiten:

→ Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und Wohlstand

Just Transition: sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Energie und Infrastruktur

Beschäftigung, fairer Handel, Migration und digitale Transformation

→ Überwindung von Armut und Hunger und Aufbau sozialer Sicherung

→ Gesundheit und Pandemieprävention

→ Feministische Entwicklungspolitik und Geschlechtergerechtigkeit

→ Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung

→ Frieden und Sicherheit

Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und Wohlstand

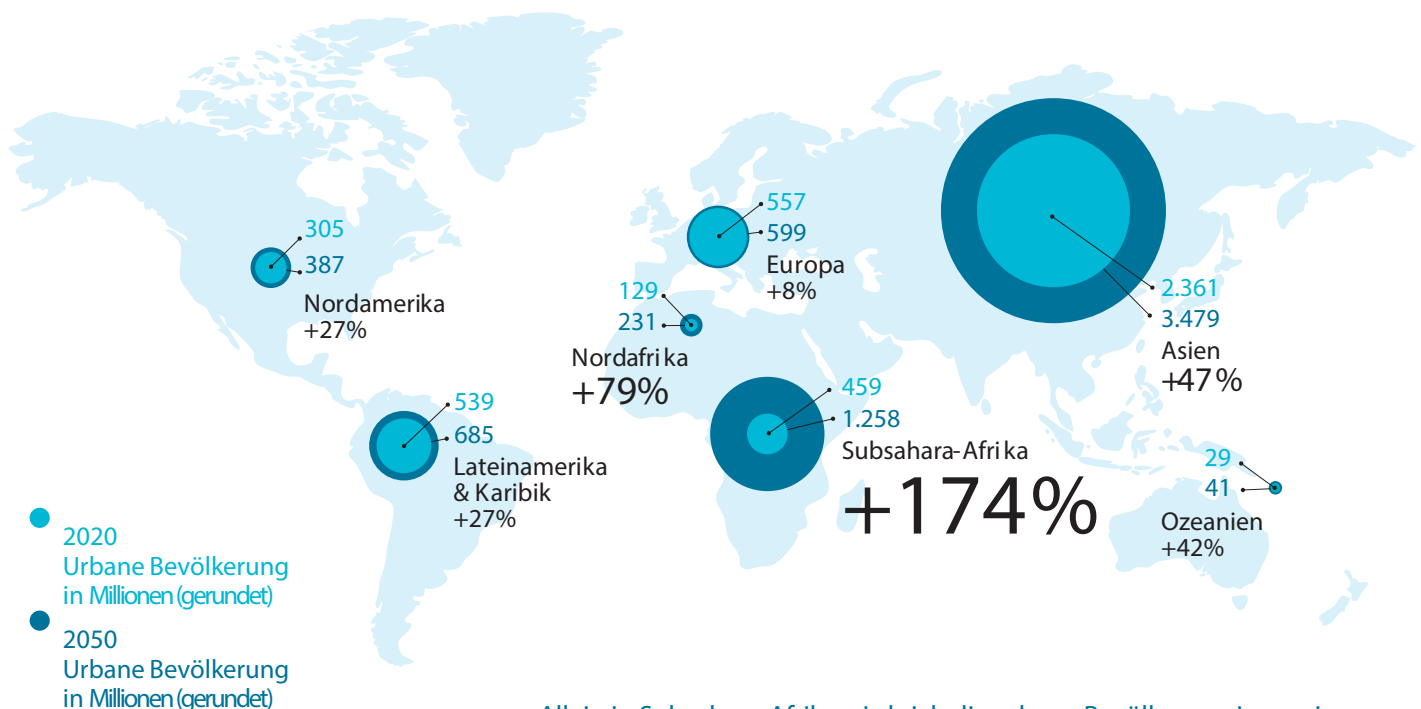
Die afrikanischen Staaten stehen vor der großen Herausforderung, für eine historisch beispiellos wachsende Bevölkerung Perspektiven zu schaffen, während die Klima- und Biodiversitätskrise sie trotz ihrer im globalen Vergleich geringen Treibhausgasemissionen besonders hart trifft. Nötig sind 25 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze jährlich, ein gewaltiger materieller Umbau bestehender und der Aufbau neuer Wirtschaftssektoren.

In der Vergangenheit hat der Ausbau von Infrastruktur, Energieerzeugung, Mobilität, Industrie, Landwirtschaft und nicht zuletzt auch von sozialen Diensten stets zu einer Zunahme an Treibhausgasemissionen und mehr Umweltzerstörung geführt. Afrika kann – mit seinem Reichtum an Ressourcen und den heute verfügbaren Technologien – die erste Weltregion werden, die eine *Just Transition* schafft: also wirtschaftlichen Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit und der Schaffung von guten Arbeitsplätzen verbindet.

Voraussetzung für eine *Just Transition* ist das konsequente Zusammendenken der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimensionen. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern müssen eine beschleunigte und zugleich gerechte ökologische Transformation der Wirtschaft begleiten. Es bedarf einer Strukturpolitik, die lokale Wertschöpfung steigert, das politische und wirtschaftliche Zusammenwachsen des Kontinents beschleunigt, ihn in gerechter Weise in die globalen Handelsbeziehungen einbindet und globale Lieferketten verantwortungsvoll gestaltet.

Entwicklung der städtischen Bevölkerung weltweit

Zuwachs in Prozent von 2020 bis 2050



Quelle:
UN DESA, World Urbanisation Prospects

Allein in Subsahara-Afrika wird sich die urbane Bevölkerung in wenigen Jahrzehnten nahezu verdreifachen – ein vergleichbares Städtewachstum hat in den Industrieländern mehrere Jahrhunderte gedauert.

Just Transition: sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Energie und Infrastruktur

Afrika hat im globalen Vergleich bisher kaum Treibhausgasemissionen verursacht und vergleichsweise wenig von den Vorteilen der Kohlenstoffwirtschaft profitiert. Zugleich fehlen vielerorts Mittel, um sich an die Folgen der heute schon spürbaren Klimaextreme anzupassen.

Bis 2050 dürfte sich allein die Stadtbevölkerung in Afrika auf knapp unter 1,5 Milliarden Menschen verdreifachen – ein Großteil der hierfür notwendigen Infrastruktur ist noch nicht vorhanden. Rund die Hälfte der Afrikaner*innen hat bis heute keinen Zugang zu Strom. Würde Afrika dem fossilen Entwicklungspfad der Industrieländer folgen, wären die ökologischen Folgen dramatisch, für Afrika und für den Rest der Welt. Es ist daher eine Frage der Gerechtigkeit und im Interesse Europas, den afrikanischen Kontinent bei einer *Just Transition* zu unterstützen. Das BMZ verfolgt dieses Ziel mit Ansätzen für Schutz, Nutzung und Wiederherstellung von Ökosystemen, für nachhaltige und inklusive Städte und für den Aufbau von Energiesystemen, die die enormen Potenziale Afrikas als Kontinent der Erneuerbaren heben. Zugleich treibt es auf globaler Ebene wirksame Mechanismen zur Bewältigung von Klima- und Umweltschäden voran. Dabei setzt es auf breite Bündnisse.

Das BMZ wird insbesondere:

➔ *Just Transition* in neuen Klima- und Entwicklungspartnerschaften vorantreiben

Das BMZ kooperiert in neuen Bündnisinitiativen wie den bilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften (P+) sowie den *Just Energy Transition Partnerships* (JETPs), in Abstimmung mit den anderen zuständigen Ressorts, mit klimapolitisch ambitionierten Staaten für eine klimaresiliente, klimaneutrale und sozial gerechte Entwicklung, unter anderem in den Bereichen Energie, Stadtentwicklung, Kreislaufwirtschaft, Wasser- und Sanitärversorgung.

➔ Eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaftssysteme und nachhaltiges Wachstum unterstützen

Das BMZ unterstützt seine Partnerländer bei der sozial und ökologisch nachhaltigen Gestaltung ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitiken. Dies betrifft Themen wie Diversifizierung, lokale Weiterverarbeitung von Rohstoffen, Anpassung an den Klimawandel, Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen oder Nachhaltigkeit im Finanzsektor (*Sustainable Finance*).

➔ Städte und Energiesysteme klimafreundlich und sozial gerecht entwickeln

Das BMZ fördert Investitionen in den Ausbau einer nachhaltigen städtischen Infrastruktur, etwa über den *Cities Climate Finance Gap Fund* (Gap Fund), die *C40 Cities Finance Facility* (CFF) und kommunale Partnerschaften. Mit dem Ziel, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben und ihren Anteil im Energiemix signifikant zu stärken, engagiert sich das BMZ unter anderem in Multiteilhaberpartnerschaften wie *Energising Development* (EnDev) oder *Global Energy Transformation Programme* (GET.pro). Es zahlt in den *Sustainable Energy Fund for Africa* (SEFA) der *African Development Bank* (AfDB) ein und stärkt die strategische Energiepartnerschaft zwischen Afrika und Europa. Im Rahmen der *Africa-EU Green Energy Initiative*, einer Team-Europe-Initiative (TEI), leistet es einen Beitrag zu den Zielen *100 Prozent Energiezugang bis 2030* und *100 Prozent Dekarbonisierung bis 2050*. Das BMZ unterstützt in afrikanischen Ländern den Aufbau von Pilotanlagen für die Herstellung von grünem Wasserstoff.

➔ Ressourcen verantwortungsvoll nutzen und nachhaltige Lieferketten fördern

Das BMZ unterstützt afrikanische Partnerländer dabei, regulative Rahmenbedingungen für die verantwortungsvolle Nutzung natürlicher Ressourcen zu schaffen. Es setzt sich dafür ein, dass kritische mineralische Rohstoffe wie Tantal oder Kobalt unter Wahrung von Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards entlang der gesamten Lieferkette gewonnen und weiterverarbeitet werden. In breiten Bündnissen mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft engagiert es sich für eine ressourcenschonende und entwaldungsfreie Agrarrohstoff-Produktion (zum Beispiel von Kakao, Kautschuk und Palmöl). Das BMZ setzt sich auf EU-Ebene dafür ein, den Export von Elektro- und Textilabfällen stärker zu regulieren, und fördert die Kreislaufwirtschaft (*circular economy*).

➔ Den Schutz von Ökosystemen und Wirtschaftsentwicklung zusammenführen

Das BMZ setzt sich für partizipative Ansätze ein, die Wirtschaftsentwicklung, Natur- und Biodiversitätsschutz, Menschenrechte und langfristige Finanzierungen zusammenführen. Es fördert afrikanische Initiativen zum Thema Waldschutz und -restaurierung wie die *African Forest Landscape Restoration Initiative* (AFR100). Es verfolgt das Ziel, internationale Umweltfonds und -initiativen

besser zu verzahnen und Synergien zum bilateralen Engagement herzustellen. Wichtige Initiativen sind unter anderem der *Legacy Landscapes Fund* zur Finanzierung wertvoller Schutzgebiete, der *Blue Action Fund* für Meeres- und Küstenschutz, der *Global Fund for Coral Reefs* zum Korallenschutz oder die *Initiative Grüner Wert* zur besseren Berücksichtigung des ökonomischen Werts der Natur in Afrika. Das BMZ unterstützt auch, insbesondere über sein bilaterales Engagement, die Ziele der *Great Green Wall Initiative* in der Sahel-Region.

➔ Den Schutz vor Klimarisiken ausbauen, Anpassung und Klimaresilienz stärken

Das BMZ engagiert sich für den *globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken*, der während der deutschen G7-Präsidentschaft mit den 58 besonders klimavulnerablen Staaten (V20) initiiert wurde. Dieser soll im Katastrophenfall Hilfe leisten und zur sozialen Sicherheit beitragen. Der Schutzschirm wird bestehende Ansätze zu Vorsorgeplänen sowie Risikoabsicherung (*African Risk Capacity, ARC*) bündeln und zusätzliche Mittel mobilisieren. Die Anpassung an den Klimawandel steht im Zentrum einer Team-Europe-Initiative zur Förderung von Anpassung und Resilienz in Afrika. Darüber hinaus unterstützt das BMZ Initiativen wie die *Africa Adaptation Initiative* (AAI) der AU, das neue Klimafenster des Afrikanischen Entwicklungsfonds der AfDB und den gezielten Einsatz von naturbasierten Lösungen.

Klima- und Entwicklungspartnerschaften (P+) und *Just Energy Transition Partnerships* (JETPs)

Bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften (P+) unterstützen klimapolitisch ambitionierte Staaten wie Ruanda und Kenia beim Übergang zu einer klimaresilienten und klimaneutralen Wirtschaft. Dabei ist neben bilateralen Geber*innen und multilateralen Entwicklungsbanken vor allem auch der Privatsektor beteiligt. Im Fokus

stehen innovative, nachhaltige Finanzierungsinstrumente und Politikberatung, Stärkung der institutionellen Kapazitäten und Technologiekooperation.

Multilaterale JETPs zielen darauf ab, soziale Risiken der ökologischen Wende abzufedern und so die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. Mit Südafrika, das den Großteil

seines Energiebedarfs mit Kohle deckt, haben Deutschland, die EU, Frankreich, Großbritannien und die USA eine JETP vereinbart, die den Ausbau erneuerbarer Energien fördert und in Kooperation mit der Privatwirtschaft vom Kohleausstieg betroffene Arbeitnehmer*innen im Bergbau unterstützt.

Die Produktion von grünem Wasserstoff fördern

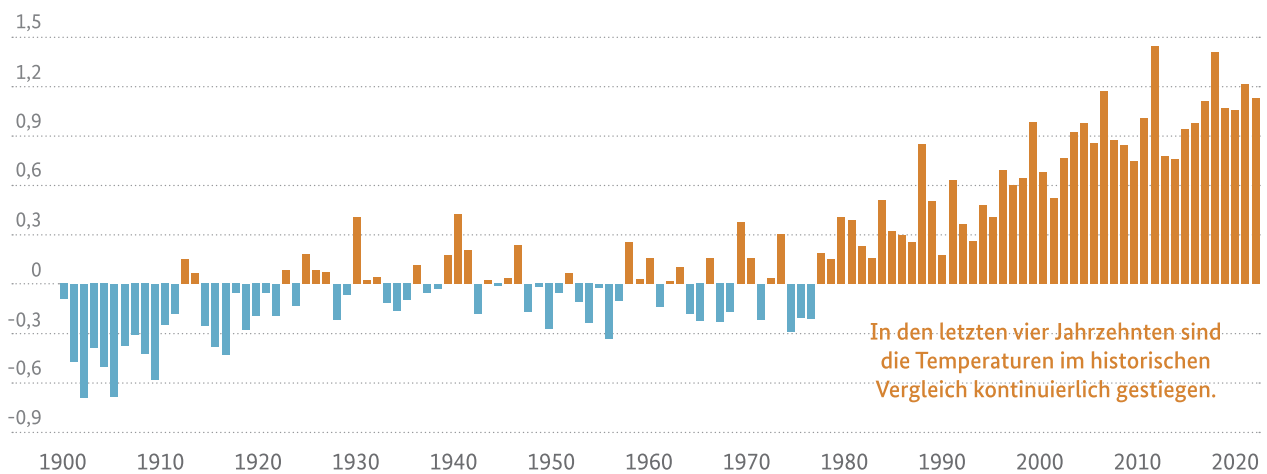
Das BMZ hat gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Klimaschutzministerium eine Plattform für den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft gegründet. Mit dem *PtX-Entwicklungsfonds* sollen die Produktion von grünem Wasserstoff in Afrika und der Aufbau lokaler Wasserstoffwirtschaften gefördert werden. Von diesem Engagement

sollen die Menschen vor Ort profitieren und es werden soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt. Zugleich leistet das BMZ einen Beitrag zur nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung. Grüner Wasserstoff ist die Basis für klimaneutrale Kraft- und Brennstoffe. Er hilft bei der Dekarbonisierung von Industrien (Stahl, Chemie) und

dient als Energiespeicher. Das BMZ arbeitet in Afrika bereits mit Marokko, Tunesien, Südafrika und Algerien im Bereich Wasserstoff zusammen und unterstützt den Aufbau von Pilot- und Referenzanlagen. Mit Marokko und Tunesien wurden Wasserstoffallianzen unterzeichnet. Zudem ist eine Zusammenarbeit mit Kenia in Vorbereitung.

Wärmeres Klima: Abweichungen vom Temperaturdurchschnitt in Afrika von 1901 bis 2020

Grad Celsius



Quelle: Berkeley Earth, Africa's Temperature Anomalies

Den Kongowald als weltgrößte Kohlenstoffsenke erhalten

Für die Eindämmung der Erderwärmung ist der Erhalt des Kongowaldes, des letzten intakten Tropenwaldes des Planeten, von existenzieller Bedeutung. Das BMZ unterstützt die zehn Anrainerstaaten bei Maßnahmen zum Wald-erhalt und engagiert sich für mehr politische und finanzielle

Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Es nutzte den deutschen Vorsitz in den zwei wichtigsten regionalen Initiativen – der *Kongobeckenwaldpartnerschaft* (CBFP) und der *Zentralafrikanischen Waldinitiative* (CAFI) –, um die Politikagenda mitzugestalten, Reformagenden mit den

Anrainerstaaten auszuhandeln und um zusätzliche Finanzierung zu werben. Elementarer Bestandteil jeder Förderung des Biodiversitäts- und Wald-erhalts durch das BMZ ist die Einhaltung der Menschenrechte. Besonders wichtig sind Schutz und Achtung der kollektiven Rechte indigener Völker.

Beschäftigung, fairer Handel, Migration und digitale Transformation

Noch arbeiten im Durchschnitt vier von fünf afrikanischen Erwerbstätigen im informellen Sektor, oft ohne geregelte Arbeitsbedingungen und soziale Sicherung – meist sind es Frauen und junge Menschen. Noch exportiert Afrika vor allem unverarbeitete Produkte. Aber es gibt große Potenziale, die die Diversifizierung der Volkswirtschaften und Stärkung lokaler Märkte voranbringen und kritische Abhängigkeiten reduzieren können. Digitalisierung und neue Technologien bieten Möglichkeiten für neue Geschäftsmodelle und Sprunginnovationen (*Leapfrogging*), etwa bei den erneuerbaren Energien. Die Realisierung der kontinentalen afrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) ist eine große Chance, um Hürden im innerafrikanischen Handel zu beseitigen, mehr afrikanische Wertschöpfung und Millionen neuer Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber hinaus sollte eine entwicklungsorientierte Migrationszusammenarbeit vorangetrieben werden, die mehr regionale Mobilität innerhalb des Kontinents und Chancen für reguläre Migrationswege ermöglicht. Über alle Bereiche hinweg bedarf es massiver öffentlicher und privater Investitionen – etwa in emissionsarme Infrastruktur und leistungsfähige, klimaangepasste Agrarsysteme, die gute Arbeitsplätze schaffen.

Das BMZ wird insbesondere:

→ Die AfCFTA unterstützen und Handelsabkommen entwicklungsfördernd gestalten

Das BMZ fördert die Arbeit des Sekretariats der AfCFTA, unterstützt die Ausarbeitung von Handelsregelungen und -strategien, den Ausbau von Infrastruktur zur Überprüfung von Produktqualität und Standards sowie die Beschleunigung von Zollabwicklungen. Darüber hinaus engagiert sich das BMZ für eine entwicklungsfördernde Ausgestaltung von Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und afrikanischen Ländern (EPAs), die gleichzeitig mit der AfCFTA vereinbar sind. Insbesondere setzt es sich für eine höhere Wertschöpfung in Afrika ein und befürwortet die Zulassung von Vorprodukten aus Afrika für Exporte in die EU. Langfristig wird das Ziel eines kontinentalen EU-Afrika-Handelsabkommens verfolgt.

Die Afrikanische Freihandelszone AfCFTA: Ein Katalysator für Wachstum und Beschäftigung

Laut Prognosen der Weltbank könnte die potenziell größte kontinentale Freihandelszone der Welt den innerafrikanischen Handel bis 2035 um bis zu 81 Prozent steigern, größere und lukrativere Märkte schaffen und den Aufbau lokal verarbeitender Industrien fördern. Deutschland ist mit bislang 79 Millionen Euro einer der größten internationalen Geber für die Unterstützung der AfCFTA. Es fördert in einer Team-Europe-Initiative gemeinsam mit der EU, Frankreich, Schweden und Spanien die Umsetzung der Freihandelszone auf kontinentaler Ebene, in den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und in zehn Pilotländern.

➔ Öffentliche und private Investitionen in Infrastruktur vorantreiben

Damit afrikanische Partner*innen die enormen Investitionslücken bei nachhaltiger Transport-, Energie-, Digital- und Gesundheitsinfrastruktur schließen können, will das BMZ in Abstimmung mit der AU-Kommission, der Entwicklungsagentur der AU (*African Union Development Agency*, AUDA-NEPAD) und europäischen und multilateralen Partner*innen Investitionen mobilisieren. Das BMZ wird einen besonderen Fokus auf die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor setzen und private Finanzierungen fördern. Im Rahmen des *G20 Compact with Africa* (CwA) engagiert es sich für gute Investitionsbedingungen.

➔ Gute Arbeitsplätze schaffen, Zukunftssektoren fördern

Das BMZ bringt sich substanziell in Initiativen wie der TEI *Invest in Young Businesses in Africa* ein, mit der die Start- und Wachstumsbedingungen von kleinen und mittelständischen Unternehmen und Start-ups verbessert werden. Mit der *Sonderinitiative Gute Beschäftigung für sozial gerechten Wandel* und der Initiative *AfricaConnect* fördert das BMZ gemeinsam mit dem Privatsektor die Schaffung von Arbeitsplätzen mit guten Arbeitsbedingungen. Es engagiert sich dabei insbesondere in Zukunftssektoren wie den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), erneuerbaren Energien, der Kultur- und Kreativwirtschaft und im Start-up-Sektor. Wichtige Initiativen für Innovationsförderung sind etwa die *Strategische Partnerschaft Technologie in Afrika* (SPTA), das *Lab of Tomorrow*, *develoPPP Ventures* oder *Up-Scaling*. Das BMZ treibt die berufliche Bildung – auch in Kooperation mit der deutschen Wirtschaft – voran und fördert Verbands- sowie Berufsbildungspartnerschaften.

➔ Digitalisierung der afrikanischen Wirtschaft fördern

Das BMZ will das sich rasant entfaltende digitale Unternehmertum effektiv fördern, etwa durch die Initiative *Make-IT in Africa*, den Aufbau von Digitalzentren und die Stärkung gesamtafrikanischer Initiativen wie der *Smart Africa Alliance*. Es unterstützt bei der Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die digitale Transformation, bei der Schaffung digitaler Märkte, bei einem sicheren Internetzugang für alle und bei der Überwindung des digitalen Grabens in der Bevölkerung. Es setzt sich zusätzlich für rechtliche Standards und Datenschutz ein. Dies geschieht unter anderem im Rahmen der Team-Europe-Initiativen *African European Digital Innovation Bridge* und *Data Flagship*.

➔ Migration entwicklungspolitisch und fair gestalten

Das BMZ setzt auf eine enge Zusammenarbeit unter anderem mit der AU, um Migration gewinnbringend und fair für Herkunftsländer, Zielländer und Migrant*innen zu gestalten. Beratungszentren in afrikanischen Partnerländern werden zu Zentren für Migration und Entwicklung weiterentwickelt. Schwerpunkte sind: reguläre Arbeitsmigration nach Deutschland und Europa, regionale Mobilität innerhalb Afrikas, Unterstützung bei der freiwilligen Rückkehr und Reintegration sowie eine bessere Verzahnung mit beruflicher Bildung. Aufbauend auf dem Pilotprojekt zu regulärer Arbeitsmigration aus Nordafrika (*Projekt Thamm*) wird das BMZ die geplanten EU-Talentpartnerschaften zu legaler Migration mit afrikanischen Partnerländern mitgestalten. Die zuständigen Behörden sollen dabei unterstützt werden, Fachkräfte aktiv in Drittstaaten zu vermitteln und ihre Länder zugleich vor Talentabwanderung (*Brain Drain*) zu schützen. Zudem fördert das BMZ die afrikanische Diaspora in Deutschland als entwicklungspolitische Akteurin und Brückenbauerin. Auf diese Weise leistet das BMZ einen entwicklungspolitischen Beitrag zur Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes sowie des globalen Migrationspakts.

➔ Verschuldete Staaten unterstützen

In vielen afrikanischen Staaten hat sich die Schuldenlage durch die multiplen Krisen sowie nationale Politiken dramatisch verschlechtert. Dies hemmt dringend benötigte Investitionen. Daher fördert das BMZ den Kapazitätsaufbau afrikanischer Staaten beim Schuldenmanagement (inklusive bei Verhandlungen) und setzt sich für größere Schuldentransparenz ein. Darüber hinaus

unterstützt das BMZ arme Länder dabei, ihre Verschuldung auf ein tragfähiges Niveau zu bringen. Das BMZ unterstützt das von der G20 und dem Pariser Club entwickelte *Common Framework for Debt Treatments* für eine effiziente international koordinierte und inklusive Schuldenrestrukturierung und setzt sich für eine gleichwertige Beteiligung aller bilateralen öffentlichen sowie privaten Gläubiger ein.

EU-Afrika-Investitionspaket und G7-Partnerschaft für Infrastruktur und Investitionen

Ein Fokus des BMZ zur Förderung von Investitionen in Afrika ist die Umsetzung des 150 Milliarden Euro umfassenden Afrika-Investitionspakets der EU, welches beim EU-AU-Gipfel im Februar 2022 als Teil der *Global Gateway Initiative* verkündet wurde. Das BMZ bündelt sein Engagement mit anderen europäischen Partner*innen (Privatsektor, EU-Mitgliedsstaaten und europäische Entwicklungsbanken wie die Europäische

Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)). Die Umsetzung erfolgt unter anderem durch Team-Europe-Initiativen in Bereichen wie erneuerbare Energien, Aufbau medizinischer Märkte und Impfstoffproduktion und nachhaltiger Datenökonomien.

Die EU *Global Gateway Initiative* ist der europäische Beitrag zur Umsetzung der

G7-Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen (PGII), die in den nächsten fünf Jahren bis zu 600 Milliarden US-Dollar öffentlicher und privater Investitionen für nachhaltige Infrastruktur in Partnerländern mobilisieren soll. Das BMZ engagiert sich in diesem Zusammenhang auch für die Mobilisierung von Ressourcen der Weltbankgruppe, um den Privatsektor stärker an nachhaltigen Infrastrukturinvestitionen zu beteiligen.



Das Ziel des 2017 unter der deutschen G20-Präsidentschaft gegründeten *Compact with Africa* (CwA) ist es, reformorientierte afrikanische Länder dabei zu unterstützen, die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern. Der CwA ist als Dialog- und

Kooperationsformat zwischen afrikanischen und den G20-Ländern eine wertvolle politische Plattform mit der Möglichkeit des *peer-to-peer learning*. Das BMZ unterstützt die Bemühungen zur Weiterentwicklung des CwA und richtet seinen Beitrag noch stärker auf strukturpolitische Ansätze aus. Instrumente wie Reformfinanzierungen, die sukzessive nach Erreichung bestimmter Reformschritte an

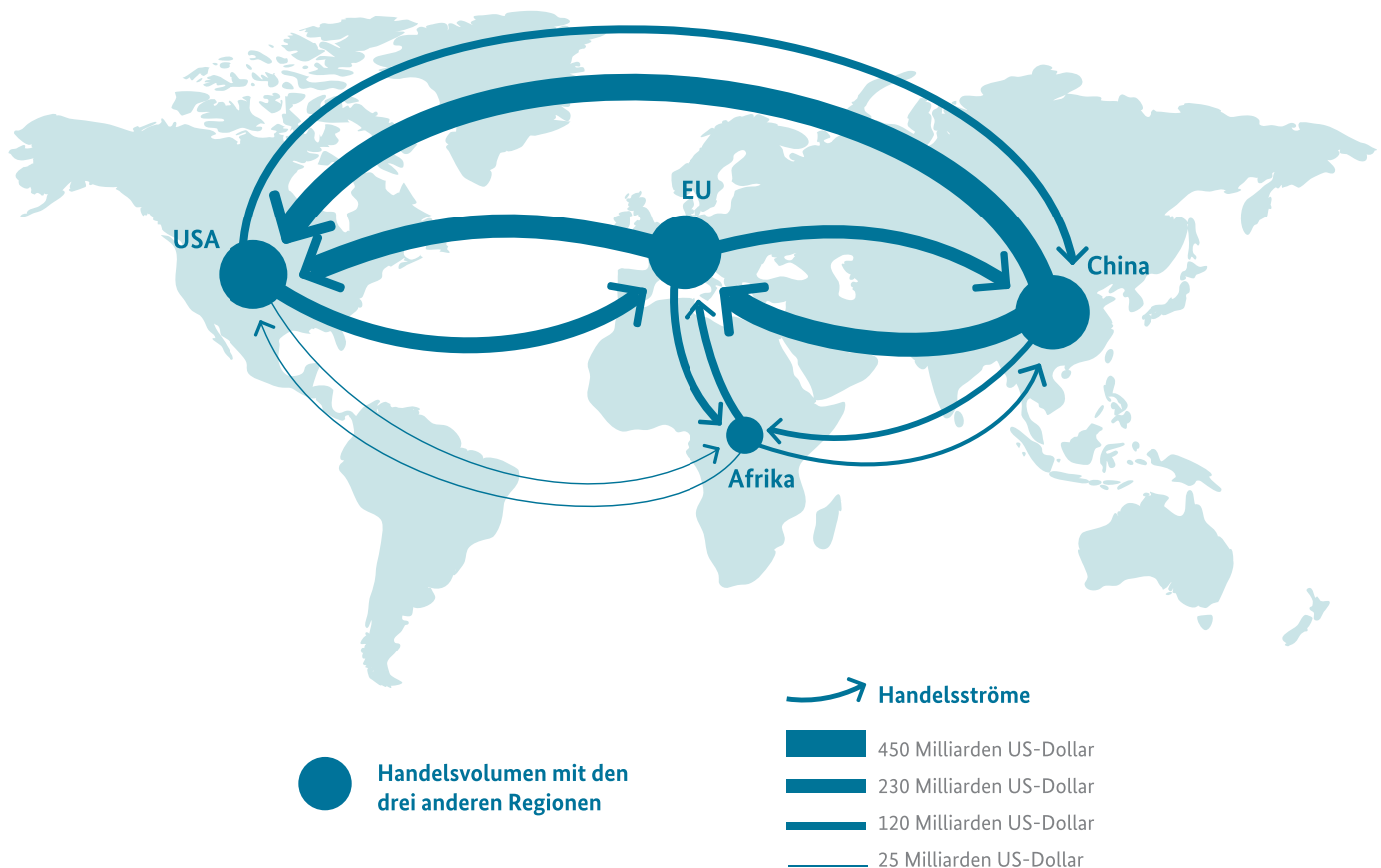
reformorientierte Regierungen ausgezahlt werden, sollen Anreize für Strukturreformen sowie beschäftigungswirksame Investitionen und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Afrika setzen. Beispiele hierfür sind der Entwicklungsfonds mit seinen Säulen *AfricaConnect* und *AfricaGrow* oder auch die *Sonderinitiative Gute Beschäftigung für sozial gerechten Wandel*.

Team-Europe-Initiative (TEI) für gute Jobs durch Handel und Investitionen

In Nordafrika hat nur jede fünfte Frau einen Arbeitsplatz; jeder dritte junge Mensch ist arbeitslos. Das BMZ hat daher eine TEI für gute Jobs angestoßen. Die Handels- und Investitionspolitik von Mittelmeerrändern und der EU soll gerechter gestaltet und auf Beschäftigungswirksamkeit ausgerichtet werden. Innovative entwicklungspolitische Ansätze für mehr gute Jobs für Frauen und junge Menschen im grünen und digitalen Sektor werden erprobt und gemeinsam mit nordafrikanischen und europäischen Partner*innen umgesetzt.

Weitere Erläuterungen zum Team-Europe-Ansatz siehe S. 31

Handelsströme zwischen Afrika, der EU, China und den USA in 2021



Quelle: IWF, Direction of Trade Statistics

Afrikas interregionaler Handel mit der EU, China und den USA hat noch viel Potenzial: 2021 betrug das Gesamthandelsvolumen Afrikas mit den drei anderen Regionen nur ca. 450 Milliarden Euro und damit nur ein Drittel des Handelsvolumens der EU mit den drei anderen Regionen.

Überwindung von Armut und Hunger und Aufbau sozialer Sicherung

Eng verwoben mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Entwicklung, die Wohlstand, Naturerhalt und soziale Gerechtigkeit vereint, sind die Überwindung von Armut und Hunger sowie die Bekämpfung von Ungleichheit. Dazu bedarf es einer sozialen Absicherung für alle und der Transformation der (globalen wie lokalen) Nahrungsmittelsysteme. Das landwirtschaftliche Potenzial afrikanischer Staaten ist groß – fast 60 Prozent der brach liegenden globalen Agrarflächen befinden sich in Afrika, doch vielerorts ist die Produktivität zu gering. Vergleichsweise niedrige Weltmarktpreise für Produkte aus hochindustrialisierter und subventionierter Landwirtschaft und mangelnde staatliche Unterstützung der lokalen Agrarwirtschaft haben viele afrikanische Länder abhängig von Nahrungsmittelimporten gemacht. Ernährungskrisen infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben dies gezeigt. Afrikanische Haushalte müssen im Schnitt mehr als die Hälfte ihrer finanziellen Mittel für Nahrung aufwenden. Gleichzeitig stellt der Klimawandel die Landwirtschaft vor neue Herausforderungen. Das BMZ engagiert sich für eine tiefgreifende Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme, um die Ernährungssicherung langfristig zu stärken und resilienter aufzustellen. Ziel ist auch die Stärkung sozialer Sicherung. 80 Prozent der in Afrika lebenden Menschen haben keinen Zugang zu einer grundlegenden sozialen Sicherung. Sie sind daher gegen steigende Preise oder Naturkatastrophen, Krankheit oder Arbeitsplatzverlust wenig geschützt. Soziale Sicherung ist ein Kerninstrument, um Armut und Ungleichheit zu reduzieren und Gesellschaften in Krisensituationen widerstandsfähiger zu machen.

Das BMZ wird insbesondere:

→ Die Entwicklung nachhaltiger, widerstandsfähiger Agrar- und Ernährungssysteme vorantreiben

Das BMZ engagiert sich für mehr Wertschöpfung, höhere Einkommen und Nachhaltigkeit im Agrarsektor, lebenswerte ländliche Räume sowie eine ausreichende und gesunde Ernährung der Bevölkerung. Hierzu fördert es Wissensaustausch und Kooperationen mit multilateralen Organisationen wie dem Welternährungsprogramm (WFP), dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und der Weltbank. Das BMZ setzt sich für landwirtschaftliche Innovationen, klimaresiliente Produktion, den Einsatz angepasster und nachhaltiger Sorten, die Diversifizierung des Anbaus, Digitalisierung, Klima- und Biodiversitätsschutz, Trinkwasser-, Bewässerungs- und Abwassermanagement sowie die Rehabilitierung natürlicher Ressourcen und agrarökologischer Ansätze ein. Es unterstützt eine enge Zusammenarbeit zwischen afrikanischen und internationalen Agrarforschungsinstituten. Das BMZ arbeitet eng mit der Wirtschaft zusammen, etwa im Rahmen des Agrarinnovationsfonds, und engagiert sich für Ernährungssicherheit.

→ Nachhaltigen Konsum und nachhaltige Lieferketten stärken

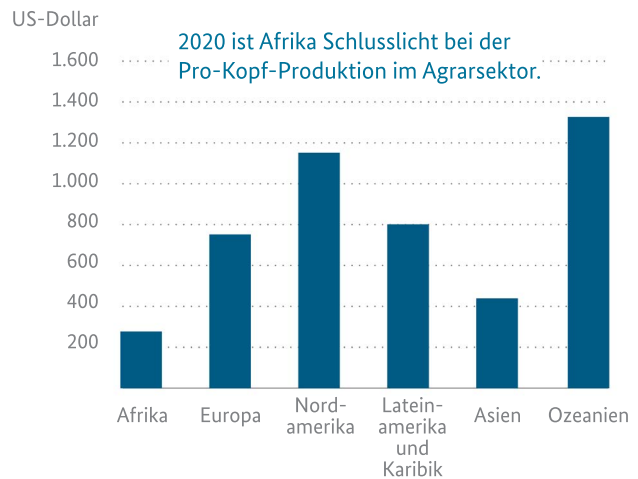
Das BMZ engagiert sich für eine reibungslose Umsetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und die baldige Verabschiedung einer entsprechenden EU-Richtlinie. Es unterstützt die Einführung und Achtung von Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards in globalen Lieferketten, insbesondere in solchen, die für seine afrikanischen Partner*innen besonders relevant sind, wie zum Beispiel im Agrar- und Rohstoffsektor. Dabei steht die Wirksamkeit der Regulierungen für die Menschen vor Ort im Mittelpunkt. Das BMZ stellt entsprechende Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung und stimmt diese mit europäischen und internationalen Partner*innen ab.

→ Soziale Sicherungssysteme und den Zugang zu Bildung ausbauen

Das BMZ arbeitet mit afrikanischen Ländern verstärkt zu sozialer Sicherung zusammen. Dies geschieht kurzfristig über Ansätze wie Bargeldtransfer

(Cash Transfer) für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen und langfristig über Unterstützung beim Aufbau staatlicher Sozialsysteme in den Partnerländern. Geschlechtergerechtigkeit und bessere soziale Sicherung für Frauen und Kinder haben Priorität. Beim Aufbau von Sozialsystemen wird das BMZ mit internationalen Partner*innen, etwa mit den VN im Rahmen der Initiative *Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions*, dem Kinderhilfswerk der VN (UNICEF), dem WFP, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Weltbank zusammenarbeiten. Den Bereich der Grundbildung wird das BMZ weiterhin stärken, insbesondere über die EU, multilaterale Entwicklungsprogramme wie *Education Cannot Wait*, *Global Partnership on Education* oder über UNICEF und Partner*innen der Zivilgesellschaft.

Wert der jährlichen Pro-Kopf-Produktion im Agrarsektor



Quelle: FAO, Gross Agriculture Production Value

Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions

Soziale Sicherungssysteme sind entscheidend, um sozioökonomische Folgen von Krisen bewältigen zu können. Die VN haben sich mit der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung darauf verständigt, allen Menschen einen sozialen Basisschutz zu ermöglichen (Nachhaltigkeitsziel Nummer 1.3). In Afrika erreichen soziale Sicherungssysteme allerdings weniger als 20 Prozent der Bevölkerung. Die VN-Initiative *Global Accelerator*

on Jobs and Social Protection for Just Transitions hat zum Ziel, bis 2030 weiteren vier Milliarden Menschen Zugang zu sozialer Sicherung zu gewähren und 400 Millionen neue menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen. Die Bundesregierung unterstützt die Initiative gemeinsam mit ihren G7-Partner*innen. Das BMZ arbeitet mit afrikanischen Partnerländern beim Auf- und Ausbau inklusiver und adaptiver Sozialsysteme

und der Schaffung menschenwürdiger Beschäftigung zusammen. Programme wie das *Sahel Adaptive Social Protection Program*, ein Treuhandfonds der Weltbank, den Deutschland mit Großbritannien, Dänemark und Frankreich fördert, leisten einen wichtigen Beitrag, um schnell und bedarfsgerecht auf Armut und wiederkehrende Schocks und Krisen – zum Beispiel klimawandel- oder pandemiebedingt – reagieren zu können.

Bündnis für globale Ernährungssicherheit

Infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat das BMZ das Bündnis für globale Ernährungssicherheit im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft gemeinsam mit der Weltbank initiiert. Als globale Plattform soll es die Abstimmung in Krisen verbessern, schnelles

politisches Handeln ermöglichen (*Advice*) und eine weltweite Unterstützung koordinieren (*Action*). Künftigen Ernährungskrisen soll durch vorausschauende Forschung besser begegnet werden können (*Advance*). Ein zentrales Element ist das sogenannte *Food and Nutrition*

Security Dashboard. Dieses dient dazu, alle für Entscheidungsträger*innen relevanten Informationen zur globalen Ernährungssicherheitssituation an einem Ort – zeitnah und aktuell – zu bündeln, sodass eine schnelle und koordinierte Reaktion erfolgen kann.

Gesundheit und Pandemieprävention

Die COVID-19-Pandemie hat der Welt die Bedeutung von Pandemieprävention und robusten Gesundheitssystemen deutlich vor Augen geführt. Dabei haben afrikanische Staaten und panafrikanische Institutionen Stärke und Innovationskraft gezeigt. Insgesamt ist die Lebenserwartung in afrikanischen Staaten seit dem Jahr 2000 um fast 10 Jahre auf heute 62 Jahre gestiegen und die HIV-Inzidenz im gleichen Zeitraum stark zurückgegangen. Allerdings bedarf es weiterer Maßnahmen und Investitionen in die Gesundheitsinfrastruktur: Vier von fünf Menschen in Afrika haben im länderübergreifenden Durchschnitt keinen Zugang zu qualitativ angemessener, bezahlbarer Basisgesundheitsversorgung. Krankheit bleibt bei fehlenden sozialen Sicherungssystemen größtes Armutsrisiko. Die Lebenserwartung ist nirgends so niedrig wie südlich der Sahara und die Müttersterblichkeit nirgends so hoch. Das sind große Hemmnisse für individuelles Wohlergehen und Chancengleichheit sowie für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Das BMZ engagiert sich auf dem afrikanischen Kontinent finanziell wie strategisch im Rahmen zentraler Organisationen wie der Impfallianz *Gavi*, dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) und dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA).

Das BMZ wird insbesondere:

➔ Den Aufbau medizinischer Produktionskapazitäten unterstützen

Das BMZ unterstützt gemeinsam mit europäischen Partner*innen und dem Privatsektor das Ziel der AU, bis 2040 60 Prozent aller in Afrika benötigten Impfstoffe auf dem Kontinent selbst zu produzieren. Dies geschieht durch technische und finanzielle Unterstützung beim Aufbau lokaler Kapazitäten für die Impfstoffproduktion, durch Unterstützung beim Aufbau nachhaltiger Impfstoffmärkte, Beratung staatlicher Institutionen und Regulierungsbehörden sowie gezielte Ausbildungsförderung.

➔ Afrikanische Gesundheitsorganisationen stärken und Pandemien vorbeugen

Das BMZ arbeitet mit relevanten afrikanischen Organisationen wie den *Africa Centres for Disease Control and Prevention* (Africa CDCs), der *African Medicines Agency* (AMA) oder regionalen Organisationen wie der *West African Health Organization* (WAHO) zusammen. Schwerpunkte sind die Überwachung von Infektionsausbrüchen, Datenmanagement und -analyse, Harmonisierung der Rechtsetzung und die Erforschung und Bekämpfung vernachlässigter Tropenkrankheiten. Das BMZ engagiert sich aktiv im Kampf gegen

Krankheiten wie HIV, Tuberkulose und Malaria und fördert die Grundimmunisierung gegen andere Infektionskrankheiten.

➔ Den interdisziplinären One-Health-Ansatz stärken

Das BMZ bringt unter anderem mit der Team-Europe-Initiative *Sustainable Health Security using a One Health Approach* das Verständnis voran, dass die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt eng miteinander zusammenhängen und Zoonosen (von Tier zu Mensch übertragbare Krankheiten) nur in einem übergreifenden Ansatz eingedämmt werden können.

➔ Die Basisgesundheitsversorgung verbessern und digitalisieren

Das BMZ fördert künftig noch intensiver den Zugang zur Basisgesundheitsversorgung, die Ausbildung von Gesundheitsfachkräften und die Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung. Dabei wird ein stärkerer Fokus auf Softwarelösungen (*Digital Health*) gelegt, da diese einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum leisten können, Früherkennung von Infektionsausbrüchen ermöglichen und Krankenversicherungen stärken.

Impfstoffproduktion „made in Africa“

Das BMZ hat seit 2021 mit mehr als einer halben Milliarde Euro die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen in die Impfstoffentwicklung in Afrika vorangebracht. In Ruanda unterstützt das BMZ die Ausbildung von Fachkräften für die Impfstoffproduktion. In Südafrika unterstützt es den Aufbau

von Impfstofflogistik und den mRNA-Technologie-Hub der Weltgesundheitsorganisation (WHO). In Ghana berät die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die für Impfstoffe und Therapeutika zuständige Regulierungsbehörde, und im Senegal ist der Aufbau einer Impfstoffproduktion mit deutscher Unterstützung in

Planung. Mit diesem Engagement nimmt Deutschland eine führende Rolle unter den EU-Mitgliedsstaaten ein, die ihre Kräfte in der Team-Europe-Initiative *Manufacturing and Access to Vaccines, Medicines and Health Technology Products* bündeln.

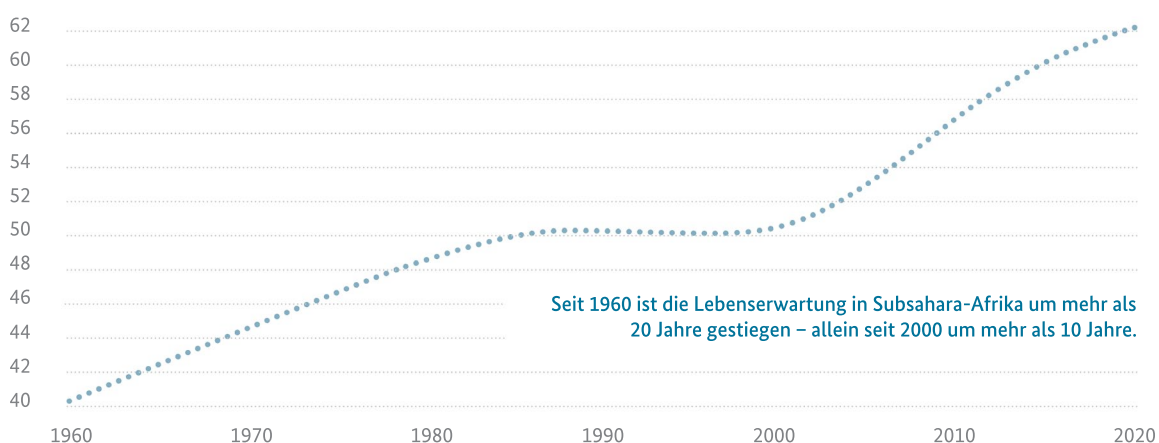
→ Frauengesundheit und Rechte stärken

Das BMZ fördert den Zugang zu Familienplanung und modernen Verhütungsmitteln, Sexualaufklärung sowie Menstruationshygiene und unterstützt den Ausbau einer resilienten Mutter-Kind Gesundheitsversorgung, unter anderem im Rahmen der Team-Europe-Initiative *Sexual and Reproductive Health and Rights in Africa*. Die Umsetzung der bilateralen Initiative *Selbstbestimmte*

Familienplanung und reproduktive Gesundheit für alle wird ausgebaut und ein noch größerer Schwerpunkt auf Jugendliche, den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Rechten und vulnerablen Gruppen gelegt. Das BMZ bindet künftig noch gezielter einflussreiche zivilgesellschaftliche Akteur*innen in seine Arbeit ein, darunter auch geeignete religiöse Akteur*innen, mit oftmals jahrzehntelanger Erfahrung in diesem Bereich.

Steigende Lebenserwartung in Subsahara-Afrika

Lebenserwartung bei Geburt



Quelle: World Bank Open Data

Feministische Entwicklungspolitik und Geschlechtergerechtigkeit

Wie in anderen Teilen der Welt sind auch auf dem afrikanischen Kontinent Mädchen und Frauen in vielen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens schlechter gestellt als Männer. Sie haben geringere Chancen auf eine gute Schul- und Ausbildung und sind überproportional im informellen Sektor tätig. In vielen afrikanischen Ländern werden Mädchen zwangsverheiratet und der Zugang zur Gesundheitsvorsorge und Verhütungsmitteln ist eingeschränkt. Diese Ungleichheiten verletzen die Menschenrechte von Mädchen und Frauen und haben Folgen für ihr Wohlergehen, ihre Bildungschancen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten. Sie kosten Wirtschaftskraft und gesellschaftlichen Fortschritt. Das BMZ fördert daher im Sinne einer feministischen Entwicklungspolitik systematisch die politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe von afrikanischen Frauen und stärkt ihre Rechte, Repräsentanz und Ressourcen. Im Dialog mit seinen Partner*innen adressiert das BMZ die Ursachen für Ungleichheit, Ungleichbehandlung und – sich oftmals gegenseitig verstärkende – Diskriminierungen. Das BMZ setzt in seinen Programmen erstmals ambitionierte, messbare Ziele zur Gewährleistung von mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Das BMZ wird insbesondere:

→ Geschlechtergerechtigkeit durch strukturelle Transformation unterstützen

Bis 2025 wird das BMZ schrittweise den Anteil der Finanzmittel, die direkt oder indirekt einen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit leisten, substantziell von 64 Prozent auf 93 Prozent erhöhen. Mit dieser Selbstverpflichtung wird transformatorische Wirkung quer durch alle Sektoren angestrebt, von Anpassung an den Klimawandel bis Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Auch in multilateralen Institutionen setzt sich das BMZ für eine Steigerung von Gleichstellungsvorhaben ein. Das BMZ unterstützt aktiv LGBTQI*-Personen. Es arbeitet vielfach mit nichtstaatlichen Akteur*innen zusammen und sucht auch den politischen Dialog mit traditionell orientierten Partner*innen für Fortschritte im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit.

→ Die Rechte von Frauen stärken

Das BMZ engagiert sich in enger Zusammenarbeit mit seinen staatlichen und nichtstaatlichen Partner*innen für die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen von Mädchen und Frauen. Dazu gehören sexuelle und reproduktive Rechte und Gesundheit genauso wie Gleichheit vor dem

Gesetz, politische Teilhabe und der Zugang zu Ressourcen wie Land, Wasser, Bildung, freier Berufswahl, Finanzkapital und Eigentum.

→ Allianzen für Geschlechtergerechtigkeit schaffen und ausbauen

Das BMZ bringt Anliegen der feministischen Entwicklungspolitik in den strategischen Dialog und die Arbeit internationaler und afrikanischer multilateraler Foren wie der AU, der VN, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der AfDB ein. Es wird multilaterale Initiativen wie die *Globale Bildungspartnerschaft* unterstützen und finanzielle Beiträge zur Stärkung wichtiger Einrichtungen wie UN Women oder UNFPA erhöhen. Das BMZ treibt im Rahmen der G7, der G20 und der EU das Thema Geschlechtergerechtigkeit voran. Um langfristige Veränderungsprozesse anzustoßen, wird es mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten, religiöse Einrichtungen einbinden und Frauen-Netzwerke wie das *African Women Leaders Network* der AU oder das *Aktionsnetzwerk für Frauen auf der Flucht* stärken.

Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in Afrika verbessern

Mit dem neuen länderübergreifenden Vorhaben *Beschäftigungsförderung von Frauen für die grüne Transformation in Afrika* möchte das BMZ die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen unterstützen. Das Vorhaben verbessert die Beschäftigungsfähigkeit von Frauen durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und berät Unternehmerinnen insbesondere

zu nachhaltigen, klima- und naturverträglichen Wirtschaftsweisen. Das BMZ engagiert sich darüber hinaus in zahlreichen weiteren Vorhaben für die Förderung von Frauen. Die *WoMENA*-Initiative fördert die Teilhabe von Frauen im nördlichen Afrika, wo derzeit nur jede fünfte Frau einen Arbeitsplatz hat. *EconoWin* berät Unternehmen in ihrer Personalpolitik oder schafft beispielsweise

in der Telekommunikations- und IT-Branche familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Gemeinsam mit UN Women engagiert sich das BMZ für die Transformation unbezahlter Sorgearbeit in Ruanda und Senegal. Über die Weltbank-Initiative *Invest in Childcare* werden Staaten insbesondere in Afrika dabei unterstützt, Kinderbetreuung systematisch auszubauen und zu verbessern.

→ Die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen unterstützen

Das BMZ fördert in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gute Arbeitsplätze im formellen Sektor und bessere Arbeitsbedingungen. Es engagiert sich zudem für geschlechtergerechte wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Es unterstützt Unternehmensgründungen und Unternehmerinnen durch erleichterte Kreditvergaben an Frauen sowie Aus- und Fortbildungen, insbesondere zu digitalem Know-how. Darüber hinaus berät das BMZ afrikanische Partnerländer zu Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, um Gleichstellung institutionell zu verankern und Kinderbetreuung, Mutterschutz und Elternzeit voranzutreiben.

→ Geschlechtsbasierte Gewalt bekämpfen

Das BMZ trägt dazu bei, geschlechtsbasierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verhindern. Es arbeitet dabei auch mit nichtstaatlichen und privatwirtschaftlichen Akteur*innen zusammen und setzt sich für eine kritische Auseinandersetzung mit sozialen Normen und Rollenbildern ein (unter anderem über das Regionalprogramm *Partnerschaften für Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im südlichen Afrika*). Im politischen Dialog mit afrikanischen Partner*innen hebt es die Bedeutung des Themas als Menschenrechtsverletzung und Hemmnis für Entwicklung hervor. Das BMZ macht auf die besondere Betroffenheit von LGBTQI*-Personen aufmerksam.

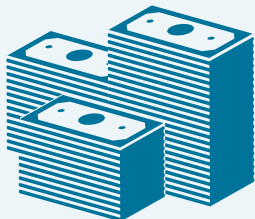
Körperliche Selbstbestimmung und Rechte von Frauen stärken

Ein Drittel der Frauen in Afrika hat nicht den von ihnen gewünschten Zugang zu Verhütungsmitteln. Dabei ist die Gewährleistung sexueller und reproduktiver Gesundheit aus menschenrechtlichen Erwägungen unabdingbar. Wenn Frauen selbstbestimmt entscheiden können, ob, wann und wie viele Kinder sie bekommen, verbessert dies ihre Chancen auf eine gute Bildung

und ausreichend bezahlte Arbeit. Frauengesundheit ist somit auch wichtiger Wirtschaftsfaktor und Ziel feministischer Entwicklungspolitik. Das BMZ arbeitet intensiv mit afrikanischen Partner*innen zusammen – in Togo beispielsweise bei der Fortbildung von Gesundheitsfachkräften in der Hebammenausbildung und der Stärkung der Rechte von Teenagermüttern. Bilaterale und

multilaterale Arbeit (etwa mit dem VN-Bevölkerungsfonds, UNFPA, und der *Global Financing Facility*, GFF) sind eng verzahnt. Das BMZ setzt sich in internationalen Verhandlungen und in Frauenrechtsbewegungen wie *SheDecides* für sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen ein und vernetzt sich mit gleichgesinnten Partner*innen.

Verbesserter Zugang zu Finanzdienstleistungen für Unternehmerinnen in Afrika



25 Prozent der afrikanischen Frauen sind unternehmerisch tätig. Sie stoßen auf vielfältige geschlechtsspezifische Hindernisse. Das BMZ unterstützt afrikanische Unternehmerinnen daher in verschiedenen Bereichen. Unter anderem engagiert es sich für dafür, ihren Zugang zu Finanzen zu verbessern: zum

Beispiel durch die Förderung der Initiative *Affirmative Finance Action for Women in Africa* (AFAWA) der AfDB. Die Initiative stellt Kredite für Frauen bereit, bietet Beratung und Kapazitätsaufbau an und unterstützt bei Reformen zur Verbesserung von politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Eingeschränkte Geschlechtergerechtigkeit in Subsahara-Afrika

Kinder, die nicht in der Grundschule sind (2020)



Alphabetisierungsrate (2020)



Vulnerable Beschäftigung (2019)



Firmen mit weiblichen Topmanagerinnen (2020)



Firmen mit Eigentumsbeteiligung von Frauen (2020)



Anteil an Frauen in nationalen Parlamenten (2020)



„Wenn Frauen mitbestimmen und mitprofitieren, dann werden Gesellschaften gerechter, wirtschaftlich erfolgreicher und damit widerstandsfähiger. In Krisenzeiten ist das umso wichtiger, denn nur widerstandsfähige Gesellschaften können die großen Herausforderungen unserer Zeit meistern.“

SVENJA SCHULZE
 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Quellen: World Bank Open Data (Grafik), IPG-Journal (Zitat Svenja Schulze)

Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung

In der Agenda 2063 der AU haben sich die afrikanischen Staaten zu guter Regierungsführung, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. Die große Mehrheit der Afrikaner*innen zieht Demokratie jeder anderen Regierungsform vor. Viele afrikanische Staaten bekämpfen aktiv Korruption, illegale Finanzströme und stärken ihre demokratischen Institutionen. Doch wie anderswo auf der Welt erstarben auch in Afrika autoritäre Kräfte. Regierende schränken die Rechte der Bürger*innen sowie der Justiz zunehmend ein und bereichern sich, statt in Bildung, Gesundheit oder Sozialsysteme zu investieren. Das untergräbt das Vertrauen in den Staat, vor allem bei der Jugend, befördert Konflikte und schreckt Investor*innen ab. Das BMZ stärkt daher gemeinsam mit Partner*innen die Grundlagen für gleichberechtigte politische Teilhabe, rechtsstaatliche und demokratische Institutionen, leistungsfähige Verwaltungen, freie Presse – und damit zugleich das Fundament für widerstandsfähige Gesellschaften. Es unterstützt gezielt jene Partnerländer, die eine überzeugende eigene Reformagenda für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verfolgen. Es wird in jenen Ländern, die sich von dieser Agenda entfernen, in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt (AA) einen kritischen Dialog führen und verstärkt mit nichtstaatlichen Akteur*innen zusammenarbeiten. Dabei ist die Zusammenarbeit mit politischen Stiftungen, Kirchen, Medien und unabhängiger Wissenschaft, aber auch mit lokalen, demokratisch ausgerichteten Kräften besonders wichtig.

Das BMZ wird insbesondere:

➔ Menschenrechte achten, schützen und fördern

Menschenrechte, insbesondere Kinder- und Frauenrechte, sexuelle und reproduktive Rechte sowie die Rechte von Menschen mit Behinderungen und LGBTQI*Personen thematisiert das BMZ im Dialog mit afrikanischen Partner*innen und treibt sie durch Vorhaben gezielt voran. Das BMZ unterstützt die Umsetzung von Menschenrechten (etwa über das Vorhaben mit der AU *Förderung von Menschenrechten und Stärkung von Frauen in Afrika*) und fördert den Einsatz nichtstaatlicher Akteur*innen wie politischen Stiftungen, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und kirchlichen Organisationen für Menschenrechte.

➔ Eine unabhängige Justiz und den Zugang zu Recht stärken

Das BMZ stärkt mit seinen Partner*innen die Gewaltenteilung und eine unabhängige Justiz in afrikanischen Partnerländern, die der Bevölkerung sowie der politischen Opposition, der

Zivilgesellschaft und den Medien Handlungsspielräume garantieren. Daneben trägt das BMZ dazu bei, den Zugang der Menschen zu Recht zu verbessern – insbesondere für Frauen und marginalisierte Gruppen.

➔ Verwaltungen dabei unterstützen, leistungsfähiger und transparenter zu werden

Das BMZ trägt zur Modernisierung und Verbesserung von Verwaltungsprozessen in afrikanischen Partnerländern bei. Öffentliche Dienstleistungen werden beispielsweise verbessert durch Förderung der Digitalisierung, der Bürgerbeteiligung oder eines nachhaltigen Beschaffungssystems. Das BMZ unterstützt Verwaltungen beim Aufbau von Expertise und der Einführung transparenter Prozesse sowie der Erneuerung wichtiger Infrastruktur. Hierzu wird das Potenzial der mehr als 160 Partnerschaften auf kommunaler Ebene in Afrika genutzt.



Zivilgesellschaftliches Engagement und Jugend fördern

Die Entsende- und Austauschprogramme des BMZ fördern bürgerschaftliches Engagement und internationale zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit als wichtige Grundlagen lebendiger Demokratien. Mit dem *Deutsch-Afrikanischen Jugendwerk (DAJW)*

stärkt das BMZ beispielsweise seit 2021 die deutsche und afrikanische Zivilgesellschaft. Über Jugendbegegnungen ermöglicht es das gemeinsame Engagement junger Menschen in Deutschland und afrikanischen Ländern für die Agenda 2030.

→ Korruption bekämpfen, Transparenz fördern und die Steuerbasis verbreitern

Das BMZ stärkt gutes Finanzmanagement und konsequente Korruptionsbekämpfung im staatlichen und privaten Bereich. Es assistiert afrikanischen Partnerländern bei der gerechten Gestaltung von Steuersystemen (etwa durch die länderübergreifende *Addis Tax Initiative*), bei transparenter öffentlicher Haushaltsführung (etwa durch das *Equity Budgeting Tool*, um Haushaltsmittel fair zu verteilen) und nachhaltigem Schuldenmanagement. Das BMZ stärkt Rechnungshöfe und Antikorruptionsbehörden und

fördert investigativen Journalismus (zum Beispiel das Kollektiv *Journalists for Transparency, J4T*).

→ Politische Teilhabe der Zivilgesellschaft stärken

Das BMZ unterstützt Dezentralisierung und die Verbesserung der Regierungsführung auf subnationaler bzw. lokaler Ebene. Hierbei ist die aktive Beteiligung der Bevölkerung an politischer Willensbildung und Entscheidungsprozessen zentral. Wichtig ist auch der Schutz des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft, welcher in vielen

Politische Teilhabe und den Zugang zu Recht fördern: die Initiative *EnAct* in Sambia

Im Rahmen der Initiative *EnAct* in Sambia setzt sich das BMZ gemeinsam mit afrikanischen Partner*innen und der EU-Kommission für einen besseren Zugang der sambischen Bevölkerung zu rechenschaftspflichtigen Institutionen, zu Recht sowie für transparente staatliche Entscheidungsprozesse ein. Bislang haben hierdurch über 340.000 Personen

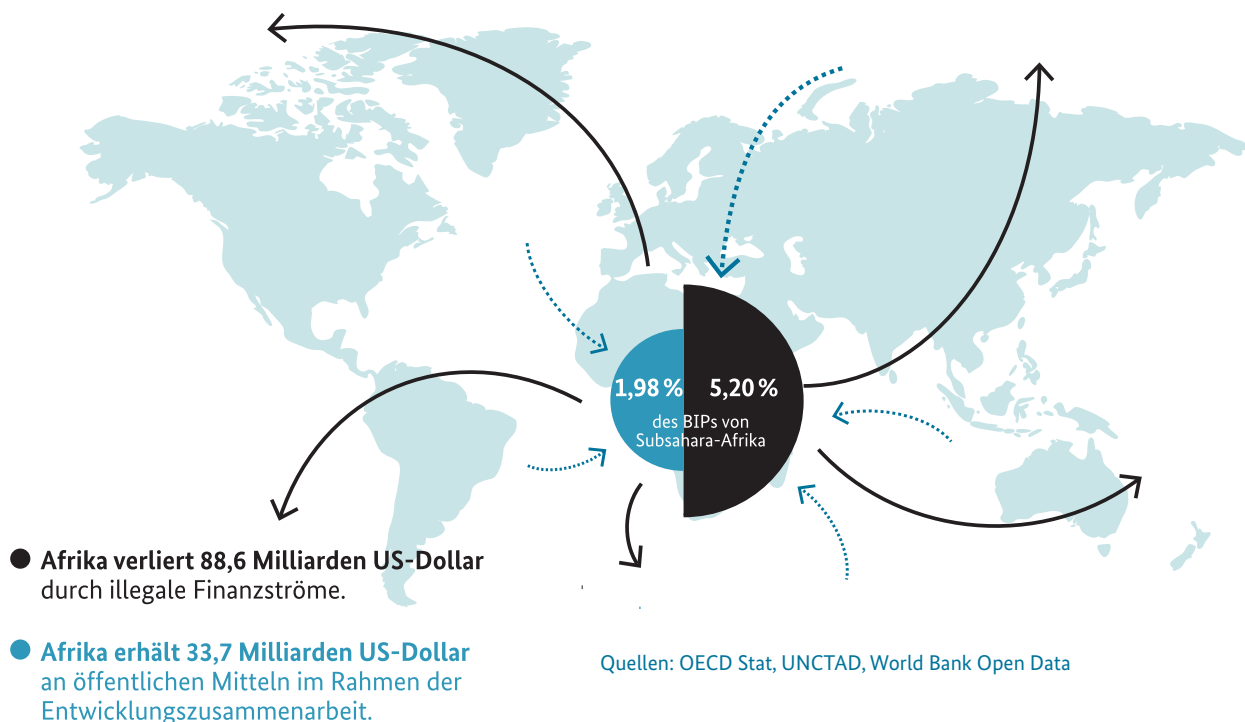
an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen partizipieren können – von der Gemeinde- bis zur nationalen Ebene. Die Teilnehmenden der Initiative organisieren zum Beispiel offene Bürger*innenversammlungen, auf denen die wichtigsten Bedarfe der Menschen in kommunale Planungs- und Haushaltsprozesse eingebracht werden. Anhand Runder

Tische, Bürger*innendialoge und Radiodiskussionen wird der öffentliche Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft gestärkt. Durch die Ausbildung von mehr als 300 Rechtsassistent*innen und die Einrichtung von Helpdesks konnten mehr als 95.000 Personen rechtliche Beratung erhalten.

afrikanischen Ländern zunehmend eingeschränkt ist. Das BMZ setzt sich zudem dafür ein, die Vorteile der Digitalisierung für mehr Teilhabe, Austausch und Transparenz im Gemeinwesen in Wert zu setzen. Es fördert gezielt Jugendliche, etwa über das Deutsch-Afrikanische Jugendwerk. Gleichzeitig stellt das BMZ sich gegen Desinformation und

Gewalt im Netz und staatlichen Missbrauch von personenbezogenen Daten. In den vorgenannten Bereichen sind politische Stiftungen, kirchliche Organisationen, Kommunen, Medienorganisationen und private Träger besonders wichtige Partner*innen.

Geschätztes Ausmaß illegaler Finanzströme Afrikas 2020



Illegale Kapitalabflüsse und Steuervermeidung bremsen

Nach Schätzungen der VN verliert Afrika jährlich mit gut 88 Milliarden US-Dollar etwa doppelt so viele Mittel durch illegale Finanzströme, wie es aus der Entwicklungszusammenarbeit erhält – mit steigender Tendenz. Das BMZ unterstützt daher die AU, Regionalorganisationen und andere Partner*innen dabei, illegale Finanzströme zu bekämpfen. Das BMZ verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz aus

Prävention, Finanzermittlung und Vermögensrückführung. Es kooperiert mit europäischen Partner*innen und der EU-Kommission in der Team-Europe-Initiative *Combating Transnational Organized Crime and Illicit Financial Flows* auf dem afrikanischen Kontinent und leistet seinen Beitrag zur G7-Zusage zur Unterstützung des Aufbaus von 15 zusätzlichen Transparenzregistern in afrikanischen

Staaten zur Aufdeckung von Scheinfirmen. Es unterstützt die Umsetzung der *Common African Position on Asset Recovery* der AU. Im Bereich der steuerbasierten illegalen Finanzströme engagiert sich das BMZ bei drei OECD-Treuhandfonds und hat eine G7-Vereinbarung zur Unterstützung von Partnerländern bei der Besteuerung von internationalen Konzernen auf den Weg gebracht.

Frieden und Sicherheit

Ein friedliches und sicheres Afrika ist eine zentrale politische Priorität der Afrikanische Union und ihrer Agenda 2063. Die AU hat eine kontinental aktive Friedens- und Sicherheitsarchitektur aufgebaut und dämmt mit ihrem Friedens- und Sicherheitsrat, einem Frühwarnmechanismus und der Mandatierung und Entsendung afrikanischer Friedensmissionen Gewaltkonflikte in Afrika ein. Gleichzeitig leidet aktuell fast jeder dritte afrikanische Staat südlich der Sahara unter bewaffneten Konflikten. Terroristische Anschläge und Überfälle haben sich vervielfacht, neue Brandherde sind hinzugekommen. Die Ursachen sind vielfältig, komplex und oft miteinander verschränkt. Neben Ressourcen-, Landnutzungs- und Grenzkonflikten stellen unter anderem wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, Ernährungs- und Wasserkrisen, mangelnde politische Teilhabe, Menschenrechtsverletzungen und Extremismus Konfliktrisiken dar. Die Folgen des Klimawandels wirken dabei wie ein zusätzlicher Katalysator. Afrika ist der Kontinent mit der höchsten Anzahl an Menschen auf der Flucht – fast jede dritte geflüchtete Person lebt in Afrika. Der überwiegende Teil von ihnen lebt im eigenen Land – sogenannte Binnenvertriebene. Die Hauptursache für Flucht sind Konflikte, zunehmend aber auch der Klimawandel. Die Folgen für die Betroffenen sind dramatisch und stellen aufnehmende Gemeinden und Regionen innerhalb und außerhalb Afrikas vor gewaltige Aufgaben. Das BMZ arbeitet mit seinen afrikanischen Partner*innen im Sinne des integrierten Ansatzes und seinem Ineinandergreifen von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung (*Humanitarian-Development-Peace-Nexus, HDP-Nexus*) zusammen.

Das BMZ wird insbesondere:

➔ Strukturelle Konfliktursachen gezielt abbauen, Resilienz stärken und neuen Konflikten vorbeugen

Nachhaltige Entwicklungspolitik ist Sicherheitspolitik. Sie leistet einen direkten oder indirekten Beitrag dazu, Konflikten vorzubeugen. In besonders fragilen Regionen arbeitet das BMZ an der Überwindung struktureller Konfliktursachen, unter anderem durch die Unterstützung beim Aufbau eines gerechteren Land-, Wasser- und Ressourcenmanagements, durch Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, durch die Verbesserung des Zugangs zu Wasser, Land und sozialen Grundleistungen, zu Bildung und Arbeitsplätzen (etwa in beschäftigungsintensiven Infrastrukturmaßnahmen) sowie insgesamt durch die Stärkung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe.

➔ Inklusiv Konfliktlösungen fördern

Friedensprozesse werden durch die Einbeziehung feministischer Perspektiven erfolgreicher (gemäß VN-Resolution 1325). Das BMZ setzt sich

in Afrika daher im Sinne einer feministischen Entwicklungspolitik künftig noch stärker für die Förderung von Dialogforen und die Beteiligung von Frauen ein, etwa über das afrikaweite AU-Netzwerk *FemWise*. Es will auch Jugendliche und solche Akteur*innen stärker einbeziehen, die über eine besonders hohe Glaubwürdigkeit bei der Zivilgesellschaft verfügen, zum Beispiel traditionelle und religiöse Führungspersonen in Krisengebieten.

➔ Menschen auf der Flucht, Binnenvertriebene und aufnehmende Gemeinden unterstützen

Das BMZ unterstützt – in Erfüllung der im Globalen Flüchtlingspakt verankerten globalen Lastenteilung – Menschen auf der Flucht, Binnenvertriebene sowie afrikanische Aufnahmeländer und -gemeinden. Die *Sonderinitiative Geflüchtete und Aufnahmeländer* zielt auf die Förderung des Zugangs zu Bildung, Gesundheit, Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung, Beschäftigung sowie auf soziale Sicherungs- und Dienstleistungen für Menschen auf der Flucht und Binnenvertriebene ab. Im Sinne der feministischen Entwicklungspolitik

stehen stark gefährdete Zielgruppen wie Frauen und Mädchen besonders im Fokus. Das BMZ fördert deren Potenziale als *Agents of Change* für nachhaltige Entwicklung.

➔ **Flexible und schnelle Instrumente zur Krisenbewältigung weiterentwickeln**

Mit dem Konzept der strukturbildenden Übergangshilfe hat das BMZ ein international einzigartiges Instrument geschaffen, um in Zusammenarbeit mit afrikanischen Akteur*innen die Widerstandsfähigkeit vulnerabler Bevölkerungsgruppen und lokaler Strukturen gegenüber Krisen gezielt zu stärken, Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sie mit eigenen Kräften zu bewältigen – und neuen Krisen vorzubeugen. Als Instrument der Krisenbewältigung bildet die strukturbildende Übergangshilfe die Brücke von der akuten humanitären Hilfe zur langfristigen Entwicklungszusammenarbeit bis hin zur Friedensförderung. Dabei passt sie sich mit multisektoralen Programmen an den besonderen Charakter der jeweiligen Krise an und unterstützt unter anderem bei der Ernährungssicherung, dem Wiederaufbau von Basisinfrastruktur, dem Katastrophenrisikomanagement und dem friedlichen und inklusiven Zusammenleben. Das BMZ wird seine Arbeit künftig noch enger mit den Ressort- und EU-Instrumenten verzahnen.

➔ **Afrikanische Institutionen für Frieden und Sicherheit weiter stärken**

Das BMZ ist seit Langem ein verlässlicher Partner für die Stärkung der Friedens- und Sicherheitsinstitutionen der AU sowie von afrikanischen Regionalorganisationen. Es wird auch künftig den Ausbau ziviler Krisenpräventionsmechanismen in der Region eng begleiten, zum Beispiel von Frühwarn- und Krisenanalyseinstrumenten. Hierbei legt das BMZ besonderen Fokus darauf, wiederkehrende Konflikte zu entschärfen.

Alle Akteur*innen zur Stärkung von Frieden und Sicherheit einbinden – ein Praxisbeispiel aus Niger

In der von Gewalt geprägten nigrischen Region Diffa im Tschadseebecken fördert das BMZ ein Programm der beiden VN-Organisationen UNICEF und WFP für einen gleichberechtigten Zugang zu natürlichen Ressourcen und sozialen Dienstleistungen. Das Programm unterstützt gezielt die Einbindung und Zusammenführung der wichtigsten Akteur*innen – lokale Behörden, generationenübergreifend Mitglieder aller Gemeinden, vor allem Frauen und Jugendliche, Geflüchtete, Rückkehrende und Binnenvertriebene. Die Komplementarität zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung (HDP-Nexus) wird auch auf Ebene der nigrischen Regierung und der regionalen *Nexus Committees* institutionell unterstützt. Das Vorhaben leistet einen Beitrag dazu, die Eigenkräfte afrikanischer Partner*innen zu stärken und insbesondere jüngere Menschen zu ermutigen, leitende Rollen einzunehmen und so selbst zu Akteur*innen des Wandels zu werden.

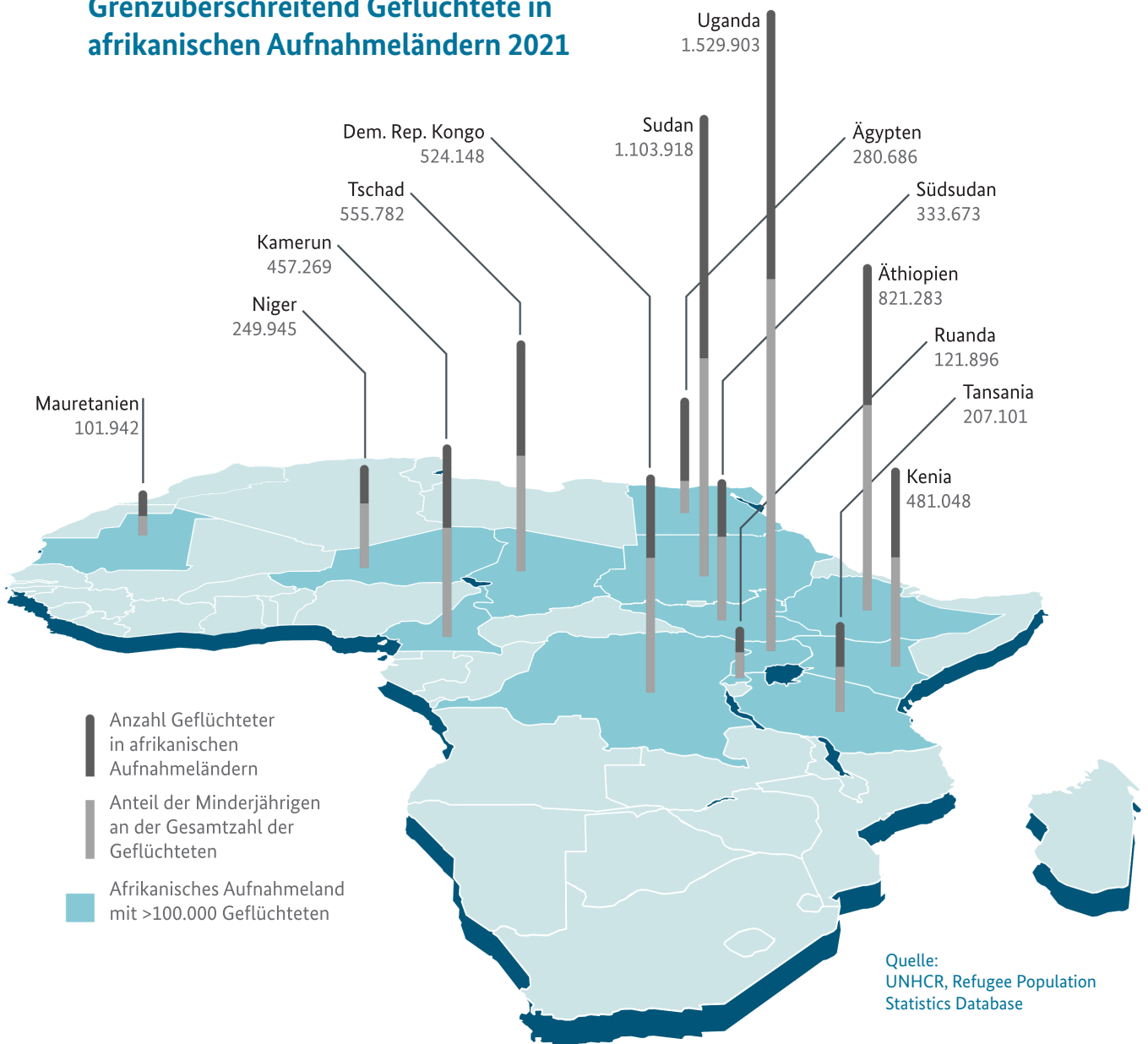
Afrikanische Lösungen für Frieden und Sicherheit

Das BMZ unterstützt zusammen mit dem Auswärtigem Amt die Afrikanische Union und die afrikanischen Regionalorganisationen bei ihrem Einsatz für Frieden und Sicherheit. Gemeinsames Ziel ist es, die Kapazitäten der AU für präventive Diplomatie, Mediation und politischen Dialog zu stärken. So fördert das BMZ unter anderem

den Ausbau eines AU-Netzwerks von Mediatorinnen zur Konfliktvermeidung und Mediation (*FemWise*) sowie den Aufbau des kontinentalen Frühwarnsystems der AU (CEWS) für den frühzeitigen Einsatz von Instrumenten der Konfliktbeilegung und des politischen Dialogs. Darüber hinaus kooperiert das BMZ unter anderem mit dem *Kofi Annan*

International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC) in Ghana. Das KAIPTC bildet Fachkräfte für Friedensmissionen der AU und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) aus. Ausbildungsthemen am Zentrum umfassen die Teilnahme an Friedensmissionen, Konfliktmanagement sowie Friedens- und Sicherheitsstudien.

Grenzüberschreitend Geflüchtete in afrikanischen Aufnahmeländern 2021



III. Gemeinsam stark: Partner*innen und Instrumente der Zusammenarbeit

Die Arbeit des BMZ basiert auf jahrzehntelangen Kooperationen mit aktuell 33 afrikanischen Partnerländern, starken Partnerschaften mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen und multilateralen Institutionen. Dies stellt gerade in Zeiten zunehmender Instabilität ein enormes politisches Vertrauenskapital dar. Das BMZ stützt sich auf bewährte Durchführungsorganisationen – vor allem die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Es arbeitet darüber hinaus eng mit Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung oder Zivilgesellschaft zusammen. Das BMZ setzt seine Instrumente flexibel ein, um zügig auf die multiplen Anforderungen reagieren zu können und auch auf unbeständige politische Verhältnisse vorbereitet zu sein. Um kurzfristig akute Herausforderungen zu meistern, engagiert sich das BMZ gezielt mittels Krisenreaktionsinstrumenten wie der strukturbildenden Übergangshilfe.

Darüber hinaus wird das BMZ:

→ Die Zusammenarbeit mit afrikanischen Institutionen und Initiativen verstärken

Das BMZ beabsichtigt, seine Zusammenarbeit mit den kontinentalen und regionalen afrikanischen Organisationen auszubauen. Zentrale strategische Partnerin ist die AU als „Stimme Afrikas“. Auch mit der Entwicklungsagentur der AU (AUDA-NEPAD), dem Sekretariat der AfCFTA, der AfDB, den vier größten regionalen Wirtschaftsgemeinschaften sowie mit Nordafrika über die Union für den Mittelmeerraum (UfM) will das BMZ seine Zusammenarbeit intensivieren.

→ Bilaterale Ansätze in multilaterale Prozesse einbetten

Das BMZ wird seine bilateralen Ansätze in multilaterale Prozesse einbetten, um transformative Wirkungen zu entfalten. So soll beispielsweise ein lokales Vorhaben zur Vermeidung von Kinderarbeit oder Entwaldung flankiert werden von

Bemühungen auf europäischer bzw. internationaler Ebene, die Verbindlichkeit von sozial- und umweltverträglichen Wertschöpfungsketten zu stärken.

→ Neue strategische Allianzen schmieden und afrikanische Staaten stärker einbinden

Das BMZ will neue strategische Allianzen schmieden und die Zusammenarbeit mit multilateralen Organisationen und Partner*innen intensivieren. Es tritt für einen solidarischen Multilateralismus ein, der afrikanische Länder und die AU in multilaterale Prozesse und Entscheidungen einbindet. Das BMZ beabsichtigt, den strategischen Dialog mit der AfDB und der Weltbank auszubauen. Es trägt dazu bei, den *Compact with Africa* als Dialog- und Kooperationsformat zwischen afrikanischen Ländern und den G20-Staaten weiterzuentwickeln. Das BMZ wird bei seinen Unterstützungsmaßnahmen für den CwA künftig einen stärkeren Fokus auf sozial-ökologisches Wachstum setzen.

Der Team-Europe-Ansatz

Das BMZ baut die Zusammenarbeit mit seinen europäischen Partner*innen in Afrika aus. Es unterstützt neben dem sogenannten *Joint Programming* insbesondere die sogenannten *Team-Europe-Initiativen* (TEIs). Die EU, ihre Mitgliedsstaaten und gegebenenfalls weitere Geber*innen bündeln mit diesem Ansatz ihre Aktivitäten in einem Sektor oder zu einem Querschnittsthema. Dieser Ansatz soll die Wirksamkeit und

Sichtbarkeit des EU-Außenhandels erhöhen. Das BMZ engagiert sich unter anderem in TEIs zur *Unterstützung der Afrikanischen Freihandelszone*, zu *Illicit Financial Flows* (IFF), zu *Invest in Young Businesses in Africa* (IYBA) sowie zu *Manufacturing and Access to Vaccines, Medicines and Health Technologies* (MAV+) und hat die TEI *Für gute Jobs durch Handel und Investitionen in der südlichen Nachbarschaft* angestoßen. In

Togo beispielsweise engagiert sich das BMZ in drei umfangreichen TEIs und einer *Joint-Programming-Strategie*, die sowohl die Länderstrategie der EU als auch die BMZ-Länderstrategie ersetzt. Gespräche und Verhandlungen mit der togoischen Regierung werden standardmäßig gemeinsam durchgeführt, es gibt ein gemeinsames Sekretariat.

➔ Die europäische Kooperation ausbauen (*European by default*)

Eine abgestimmte europäische Entwicklungspolitik ist wirksamer und sichtbarer als 27 nationale Alleingänge. Das BMZ baut daher konsequent die Zusammenarbeit mit seinen europäischen Partner*innen in Afrika aus. Es engagiert sich für die gemeinsame Strategieentwicklung und den politischen Dialog im Rahmen von *Joint Programming* und verfolgt gebergemeinschaftliche Initiativen, insbesondere über das *Global Gateway EU-Afrika-Investitionspaket* und die *Team-Europe-Initiativen*. Bei der Mobilisierung zusätzlicher privater Mittel über das *Global Gateway EU-Afrika-Investitionspaket* nehmen die Garantien und Mischfinanzierungen des neuen *Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung Plus* (EFSD+) eine wichtige Rolle ein. Des Weiteren beabsichtigt das BMZ, sein Engagement für eine europäische Entwicklungspolitik durch Ko-Finanzierungen, gemeinsame Konsultationen sowie durch Personalentsendungen zu flankieren. Das BMZ engagiert sich dafür, dass europäische Prozesse und Vorhaben in für afrikanische Partner*innen wichtigen Politikfeldern für diese eine vorteilhafte Wirkung entfalten. Beispielsweise unterstützt es eine intensivere Berücksichtigung der afrikanischen Interessen bei Normen und Standards sowie in der Agrar-, Handels-, Migrations-, Finanz- und Klimapolitik.

➔ Innovative Finanzierungsinstrumente entwickeln – Engagement des Privatsektors fördern

Die Investitionsbedarfe auf dem afrikanischen Kontinent können ohne den Privatsektor nicht gestemmt werden. Das BMZ treibt daher neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und afrikanischen Partnerländern voran, bei denen es neben bilateralen Geber*innen und multilateralen Entwicklungsbanken auch den Privatsektor einbindet. Ein Beispiel dafür sind Garantien und strukturierte Fonds, durch die aufgrund des risikomindernden Einsatzes von Haushaltsmitteln Privatkapital für Investitionen in afrikanische Unternehmen mobilisiert wird. Ein weiteres Beispiel sind die oben skizzierten JETPs. Das BMZ wird darüber hinaus mit seinen nationalen, bi- und multilateralen Partner*innen verstärkt an wirksameren Wegen zur Mobilisierung von mehr privaten Mitteln für die Erfüllung der Entwicklungs- und Klimaziele arbeiten. Vor allem afrikanische Staaten sollen durch bessere Zugänge zu nachhaltigen Investitionen profitieren. Das BMZ befürwortet Instrumente, die afrikanische Staaten beim Aufbau schuldentragfähiger Strukturen und bei Finanzierungen am Kapitalmarkt unterstützen.

→ **Strukturpolitische Ansätze des Reformpartnerschaftsmodells weiterentwickeln**

Das bisherige Modell der Reformpartnerschaften soll in flexiblere Ansätze übergehen. Bewährte strukturpolitische Elemente des Modells (Partnerorientierung, intensiver politischer Dialog und Anreize durch signifikante finanzielle Zusagen, die mit gemeinsam vereinbarten Reformschritten verknüpft sind) möchte das BMZ weiterentwickeln. Ziel ist es, eine größere Breite von Reformthemen mit den Partnern zu bearbeiten und flexibler als bisher auf politische Veränderungen reagieren zu können. Schwerpunkte können zum Beispiel entwicklungspolitische Prioritäten wie sozial-ökologische Transformation, Klima, nachhaltige Infrastruktur, Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und guter Regierungsführung oder soziale Sicherung sein. Budget- und Reformfinanzierungen sowie die bewährten Ko- oder Parallelfinanzierungen mit anderen Geber*innen sollen ausgebaut werden.

→ **Multi-Akteurs-Partnerschaften ausbauen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen stärken**

Nachhaltig sind Entwicklungsprozesse, wenn sie von der breiten Bevölkerung mitgestaltet werden. Das BMZ will seine Zusammenarbeit mit afrikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken, insbesondere mit Frauenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, politischen Stiftungen und der afrikanischen Diaspora in Deutschland verstärken. Diese Akteur*innen haben Zugang zu Personen, die über die staatliche Zusammenarbeit nur schwer erreichbar und oft als kritische Korrektive der Regierungsarbeit aktiv sind. Das BMZ will feministisch orientierte Zivilgesellschaftsakteur*innen im jeweiligen Partnerland stärken. Um Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatwirtschaft mit der Politik lösungsorientiert an einen Tisch zu bringen, will das BMZ Multi-Akteurs-Partnerschaften und Dreieckskooperationen ausbauen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das *Forum Nachhaltiger Kakao*, in dem sich das BMZ und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), die deutsche Süßwarenindustrie, der deutsche Lebensmittelhandel und die Zivilgesellschaft zusammengeschlossen haben. Darüber hinaus wird das BMZ die Prioritäten der

jungen Generation fördern. In vielen afrikanischen Ländern engagieren sich junge Menschen für politischen und ökonomischen Wandel und werden in Demokratisierungsprozessen eine Schlüsselrolle einnehmen. Jugendbeteiligung ist für das BMZ ein wichtiges Querschnittsthema, das im Einklang mit der *African Youth Charter* in allen Sektoren umgesetzt werden soll. Zudem verstärkt das BMZ seinen Dialog mit der Wissenschaft. Es bindet afrikanische Wissenschaftler*innen und ihre Erkenntnisse in seine Arbeit ein.

→ **Afrika-Politik als Querschnittsaufgabe der Bundesregierung unterstützen**

Im Sinne eines kohärenten Politikansatzes der Bundesregierung leistet das BMZ seinen Beitrag zu einem stärkeren Ineinandergreifen von Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Es unterstützt eine engere Abstimmung in und mit der afrikabezogenen Wirtschafts-, Handels-, Migrations-, Agrar-, Klima-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturpolitik. Neben der konkreten Zusammenarbeit mit einzelnen Staaten und internationalen Organisationen betrifft dies unter anderem gemeinsame Anliegen wie die Stärkung der EU-Afrika-Partnerschaft sowie der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, die Zusammenarbeit mit der AU, Investitions- und Wirtschaftsförderung oder das neue europäische Außenfinanzierungsinstrument NDICI. Die inzwischen bewährte Koordinierung der deutschen Afrika-Politik auf Ebene der Staatssekretär*innen im *Ressortkreis Afrika*, den AA und BMZ leiten, wird fortgeführt.

Das BMZ wird die Umsetzung seiner Afrika-Strategie überprüfen und externe Partner*innen aktiv in den weiteren Prozess einbeziehen.

Impressum

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

REDAKTION

BMZ, Referat 200, Afrikapolitische Grundsätze und Initiativen

STAND

Januar 2023

DRUCK

Gedruckt auf Blauer-Engel-zertifiziertem Papier

GESTALTUNG

FLMH Labor für Politik und Kommunikation, Berlin

DIENSTSITZE

→ BMZ Bonn

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn

Tel. +49 228 99535-0

Fax +49 228 9910535-3500

→ BMZ Berlin

Stresemannstraße 94 (Europahaus)

10963 Berlin

Tel. +49 30 18535-0

Fax +49 228 9910535-3500

KONTAKT

poststelle@bmz.bund.de

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.